



Gemeinde Budenheim

Einladung

zu einer Sitzung des Gemeinderates am

Mittwoch, 04. Februar 2026, 18:00 Uhr,

im Sitzungssaal des Rathauses
Berliner Straße 3
55257 Budenheim

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen
2. Forstbericht 2025
3. Sachstandsbericht 2025 der Freiwilligen Feuerwehr Budenheim
4. Widerspruch gegen die erteilte Baugenehmigung zum Bauvorhaben Mombacher Straße 26-28 unter Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB (012/1-2026)
5. Ausschreibung von Pflegemaßnahmen
 - a) Straßenbegleitgrün (013/1-2026)
 - b) Fiskalflächen (014/1-2026)
6. Änderung der Satzung der Gemeindewerke Budenheim AoR (015/1-2026)
7. Informationsverlangen gemäß § 33 Abs. 3 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) zur Haushaltsaufstellung 2026 (004/1-2026)
8. Nachwahl zu den Ausschüssen
9. Annahme von Spenden und Sponsoring (016/1-2026)
10. Unterrichtung des Gemeinderates gem. § 16 Abs. 4 GemO über die am 25.11.2025 durchgeführte Einwohnerversammlung (017/1-2026)
11. Anträge
 - a) Antrag der CDU vom 19.12.2025 auf Verkauf der Anteile an Bürgerenergie Budenheim eG (28/2025)
 - b) Antrag der Freien Wähler vom 17.01.2026 auf Prüfung von Möglichkeiten zur Reduzierung der Kostenbelastung durch Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Einrichtungen jeglicher Art, die dem Breitensport dienen (003/1-2026)
 - c) Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2026 zur Beschlussfassung an den Gemeinderat auf Verbesserung der Parkplatzmarkierung an der Waldsporthalle (005/1-2026)

12. Anfragen
a) Anfrage der Freien Wähler zur Rechtmäßigkeit der Verlängerung „0-Euro Samstag“ für das Jahr 2026 und zur haushaltsrechtlichen Deckung der hierfür entstehenden Ausgaben (01/1-2026)

13. Einwohnerfragestunde

Nichtöffentliche Sitzung

14. Mitteilungen

15. Anfragen

16. Darlehensangelegenheiten
a) Gewährung eines Gemeindedarlehens an die Wohnungsbaugesellschaft Budenheim GmbH (011/1-2026)
b) Eigenkapitalstärkung der Wohnungsbaugesellschaft Budenheim GmbH (001/1-2026)

17. Auftragsvergaben;
a) Personengebundenes Dienstkraftfahrzeug (018/1-2026)

18. Verschiedenes

Budenheim, 22. Januar 2026



(Stephan Hinz)
Bürgermeister

Hinweis:

Zu TOP 2 als Sachverständiger, Herr Stefan Dorschel

Zu TOP 3 als Sachverständiger, Herr Constantin Klinkig

Zu TOP 11 Die Einwohnerfragestunde findet am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung statt, spätestens jedoch um 19:00 Uhr

GEMEINDEVERWALTUNG BUDENHEIM

| | |
|----------------|-------------------|
| Anlage | zur Niederschrift |
| -Ausschuss vom | |
| Anlage | zur Niederschrift |
| -Ausschuss vom | |
| Anlage | zur Niederschrift |
| GR vom | |

Fachbereich : 3
Bearbeiter : Ritzert
Aktenzeichen :

Datum : 27.01.2026

Drucksachen-Nr.: 01211-2026

Betr.: Widerspruch gegen erteilte Baugenehmigung zum Bauvorhaben Mombacher Straße 26-28 (Flur 1, Nr. 64/6 und 64/7), unter Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB

Beratungsfolge:

| | | | | |
|----------------|-----------|-------------------------------|--|--|
| Gremium: GR | TOP: 4 | Sitzungstermin: 04.02.2026 | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | abschließende Entscheidung: ja / nein |
|----------------|-----------|-------------------------------|--|--|

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, gegen die Baugenehmigung vom 27.11.2025 für den Neubau eines Mehrfamilienhauses mit fünf Wohneinheiten und einer Tiefgarage, Mombacher Straße 26-28 (Flur 1, Nr. 64/6 und 64/7) Widerspruch bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen einzulegen. Soweit zur Fristwahrung bereits Widerspruch eingelegt wurde, soll das Verfahren fortgeführt werden.

Begründung:

Verfahrensablauf

Der Bauherr hat mit Bauantrag vom 05.07.2024, eingegangen am 25.07.2024, das o. g. Vorhaben beantragt. Zur Fristwahrung war eine Aufschiebung bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses (BUA) nicht möglich. Der Bürgermeister hat daher im Benehmen mit den Beigeordneten über den Bauantrag entschieden und das gemeindliche Einvernehmen versagt.

In einer Besprechung am 11.04.2025 ist der Bürgermeister der Bitte des Entwurfsverfassers nachgekommen, dem Bau- und Umweltausschuss die Möglichkeit zu geben, über das gemeindliche Einvernehmen zu entscheiden. Der BUA bestätigte daraufhin am 28.04.2025 die Eilentscheidung und versagte das Einvernehmen.

Mit Schreiben vom 08.10.2025 teilte die Untere Bauaufsichtsbehörde mit, dass sie beabsichtigt, das versagte gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 71 Landesbauordnung (LBauO) zu ersetzen. Der Gemeinde wurde gemäß § 71 Abs. 3 LBauO Gelegenheit gegeben, erneut über das Einvernehmen zu entscheiden. In seiner Sitzung am 17.11.2025 fasste der Bau- und Umweltausschuss erneut den Beschluss, das Einvernehmen nicht zu erteilen.

Ungeachtet dessen verblieb die Bauaufsichtsbehörde bei ihrer Rechtsauffassung und erteilte mit Bescheid vom 27.11.2025 (Az. 21/611-21/0017/24-B-200) die beantragte Baugenehmigung. Zur Begründung der Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens wurden dabei keine neuen Argumente vorgebracht.

Der von der Gemeinde beauftragte Rechtsanwalt, Herr Peter Henningsen, kam in seinem Schreiben vom 18.12.2025 nach umfangreicher rechtlicher Prüfung zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben seiner Ansicht nach nicht genehmigungsfähig ist, und empfahl der Gemeinde, gegen die Baugenehmigung Widerspruch einzulegen.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der laufenden Frist zur Einlegung eines Widerspruchs nach § 70 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) hat der Bürgermeister gemäß § 5 Ziffer 8 der Hauptsatzung zur Fristwahrung den die Gemeinde vertretenden Rechtsanwalt mit der Einlegung des Widerspruchs beauftragt. Der Widerspruch wurde form- und fristgerecht am 29.12.2025 eingelegt. Im Rahmen des Widerspruchsverfahrens soll die Aufhebung der erteilten Baugenehmigung sowie ggfs. eine Umplanung des Vorhabens erreicht werden.

Rechtliche Bewertung des Bauvorhabens

Der Antragsteller beabsichtigt, nach dem Abriss der zwei bestehenden Wohnhäuser auf den Grundstücken Mombacher Straße 26 und 28 ein Mehrfamilienhaus zu errichten. Das geplante Vorhaben befindet sich überwiegend im unbeplanten Innenbereich im Sinne des § 34 Baugesetzbuch (BauGB). Nach § 34 BauGB ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise sowie der überbaubaren Grundstücksfläche in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Der nördliche Abschnitt der Grundstücke liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Siebenmorgengebiet“, der für diesen Bereich ein Gewerbegebiet (GE) festsetzt.

Für die beiden Grundstücke wurden dem Bauherrn bereits am 19.04.2021 und am 26.05.2021 zwei Baugenehmigungen für den Neubau von jeweils einem Zweifamilienhaus mit einer Grundfläche von jeweils ca. 110 m² erteilt.

Am 17.03.2022 reichte der Bauherr einen neuen Bauantrag für ein einzelnes Mehrfamilienhaus mit fünf Wohneinheiten ein. Das geplante Gebäude sollte sich nach Norden hin teilweise über den Geltungsbereich des festgesetzten Gewerbegebiets (GE) erstrecken. Die Gemeinde versagte hierzu am 23.05.2022 sowie erneut am 24.11.2022 das gemeindliche Einvernehmen. Mit Schreiben vom 06.02.2024 lehnte die Kreisverwaltung Mainz-Bingen die beantragte Befreiung und damit den gesamten Bauantrag ab. Zur Begründung führte sie aus, dass eine Ausdehnung der Wohnbebauung in das Gewerbegebiet hinein unzulässig sei. Zudem äußerte sie Bedenken hinsichtlich des Einfügens des Vorhabens nach dem Maß der baulichen Nutzung.

In der Folge reichte der Bauherr am 25.07.2024 den nun vorliegenden Bauantrag ein. Danach wird auf eine Bebauung im festgesetzten Gewerbegebiet verzichtet. Das geplante Gebäude soll vollständig im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB errichtet werden und bis an die Grenze des Geltungsbereichs des Bebauungsplans heranreichen. Die geplanten Stellplätze erstrecken sich hingegen teilweise in den Geltungsbereich des Bebauungsplans. Im Vergleich zum Bauantrag vom 17.03.2022 wurde die Gebäudebreite von 14,90 m auf 15,67 m erhöht.

Hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung sowie der Bauweise fügt sich das geplante Gebäude in die Eigenart der näheren Umgebung ein. Eine übermäßige Bebauungstiefe und damit ein Verstoß gegen das Kriterium der überbaubaren Grundstücksfläche liegt nach Auffassung des Rechtsbeistands der Gemeinde nicht vor. Zwar findet sich in der näheren Umgebung kein weiteres Grundstück mit einer vergleichbaren Bebauungstiefe. Auf den Grundstücken Mombacher Straße 26 und 28 ist eine Bebauung in dieser Tiefe jedoch bereits derzeit vorhanden. Dieser Bestand wirkt – auch wenn er im Zuge der Neubebauung beseitigt wird – städtebaulich nach, sodass sich eine Bebauung in dieser Tiefe in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.

Hingegen fügt sich nach Auffassung des Bauamts und des Rechtsbeistands das geplante Gebäude nach dem Maß der baulichen Nutzung nicht in die Eigenart der näheren Umgebung ein. Das Gebäude besteht aus zwei aneinanderstehenden, versetzten Baukörpern. Bergauf, zur Mombacher Straße hin, soll ein giebelseitig stehender Baukörper mit Satteldach errichtet werden. Bergab, zum Parkplatz und zur Landesstraße hin, soll hingegen ein Bau mit Flachdach und Staffelgeschoss stehen. Der städtebauliche Eindruck aus der Mombacher Straße wird vermutlich bescheiden bleiben. Von der Landesstraße aus gesehen wird das geplante Gebäude allerdings einen deutlich massiveren Eindruck vermitteln.

In den vorliegenden Unterlagen wird hauptsächlich der Eindruck aus der Mombacher Straße thematisiert. Als Bezugspunkt für die Gebäudehöhe wird die Höhe der bergauf liegenden Straße genutzt. Die Ansicht Nord in den Baugenehmigungsunterlagen ist irreführend: Der First wird hier mit 10,81 m vermaßt, Bezugslinie ist aber die Geländehöhe der Einfahrt. Die talseitige Höhe über den geplanten Parkplätzen sollte jedoch ebenfalls in Betracht gezogen werden. Dementsprechend ist die Ermittlung der Trauf- und Firsthöhe im Bauantrag fehlerhaft. Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz (vgl. Urteil vom 08.03.2017 – 8 A 10695/16) ist bei Gebäuden in Hanglage die sogenannte mittlere Trauf- bzw. Firsthöhe anzusetzen. Das wären hier 8,76 m bzw. 12,07 m.

Zur Bewertung der Gebäudehöhe und des Gesamteindrucks des Baus sollte beachtet werden, dass Gebäude mit Flachdächern massiver wirken als die in der Umgebung üblichen Satteldächer. In der Regel gilt, dass die Attikahöhe über dem höchsten Vollgeschoss, nicht über dem Staffelgeschoss, der Traufhöhe der umgebenden Gebäude entsprechen soll. Dafür darf allerdings das Staffelgeschoss nicht prägend in Erscheinung treten, wenn es über der zulässigen Traufhöhe liegt; es muss allseits zurückgesetzt sein. Der Rücksprung sollte mindestens 1,2 m betragen. Lediglich in deutlich untergeordneter Breite können einzelne Bauteile in Verlängerung der darunterliegenden Fassade hochgeführt werden. Nach der vorliegenden Planung soll hingegen das Staffelgeschoss auf der Talseite auf zwei Drittel der Gebäudebreite in Verlängerung der darunterliegenden Fassade stehen. Die seitlichen Rücksprünge betragen lediglich 0,8 m bzw. 0,9 m. Aus diesem Grund bildet die Attikahöhe über dem Staffelgeschoss die äußerlich wahrnehmbare Fassadenhöhe, die mit den umliegenden Traufhöhen verglichen werden sollte. Infolgedessen wirkt das Haus, von der Talseite gesehen, wie ein vier Stockwerke und 12,03 m hohes Gebäude. Die Grundfläche (GR) liegt ihrerseits, wie in den Unterlage korrekt angegeben, bei 205,62 m².

Im Schreiben vom 08.10.2025 sowie in der Baugenehmigung vom 27.11.2025 argumentiert die Untere Bauaufsicht, dass fünf Gebäude in der näheren Umgebung kumulativ über dieselben bzw. vergleichbare Maße wie das geplante Bauvorhaben verfügen. Es handele sich um die Häuser mit den Anschriften Carl-Zuckmayer-Straße 1, Am Hundacker 2, 4 und 6 sowie Gerhart-Hauptmann-Straße 5.

Die Objekte Am Hundacker, Carl-Zuckmayer-Straße 1 und Gerhart-Hauptmann-Straße 5 scheiden jedoch deswegen als Referenzobjekte aus, weil sie nicht mehr zur näheren Umgebung nach § 34 Abs. 1 BauGB gehören. Das gilt insbesondere für die Bebauung Am Hundacker. Im Schreiben vom 08.10.2025 wird aufgeführt, dass als Bereich gegenseitiger Prägung „zumindest“ das Straßengeviert und die gegenüberliegende Straßenseite gelten. Diese Definition schließt allerdings die Bebauung Am Hundacker eindeutig nicht ein. Mit dem Begriff „gegenüberliegende Straßenseite“ ist nach der gängigen Rechtsprechung die Bebauung direkt an der Straße gemeint, nicht das gesamte gegenüberliegende Straßengeviert, insbesondere nicht, wenn es sich, wie hier, um ein flächenmäßig besonders großes Geviert handelt. Die Bebauung Im Hundacker befindet sich auf der fernen Seite eines durch Zweite-Reihe-Bebauung gekennzeichneten Straßengevierts. Von der Mombacher Straße gesehen liegt sie hinter mindestens zwei weiteren Häusern, sodass keine Sichtbeziehung zum geplanten Vorhaben besteht.

Die nähere Umgebung ist danach zu ermitteln, inwieweit die Ausführung des Vorhabens sich auf sie noch auswirken kann und inwieweit die Umgebung ihrerseits das Baugrundstück prägt. Das heißt, der Umgriff der näheren Umgebung ist stets im Einzelfall zu ermitteln; eine pauschale Festlegung auf „zumindest das Straßengeviert“ – so die Bauaufsicht – ist falsch und ergibt sich auch nicht aus dem herangezogenen Urteil des OVG. Denn dieses Grundsatzprinzip unterliegt Einschränkungen: Die genannten Auswirkungen sind nämlich durch die städtebauliche Situation beeinflusst. So ist anerkannt, dass bei einer kleinteiligen Bau- und Nutzungsstruktur etwa auf einen vergleichsweise geringeren Umkreis abzustellen ist. Auch jeweils einheitlich geprägte Bebauungskomplexe können voneinander abgegrenzt und scharf umrissen werden (vgl. Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Beschluss vom 28.08.2003 – 4 B 74/03). Hier ist das Vorhaben Teil einer kleinteiligen Bau- und Nutzungsstruktur; die von der Bauaufsicht benannten Referenzobjekte liegen in anderen, ebenfalls einheitlich geprägten Bebauungskomplexen.

Das Baugrundstück ist in eine in Rheinhessen typische Haus-Hof-Bauweise eingebunden, die sich entlang der Mombacher Straße zwischen den Hausnummern 6 und 30 erstreckt. Gegenüberliegend findet sich überwiegend geschlossene Bauweise. Auf Höhe der Hausnummern 29/32 ändert sich die Baustruktur schlagartig; die Gebäude sind großzügiger und (jedenfalls im Süden) in offener Bauweise ausgeführt. Die Gebäude Carl-Zuckmayer-Straße 1 und Gerhart-Hauptmann-Straße 5 sind dabei offensichtlich der Bebauungsstruktur entlang eben dieser Straßen zugeordnet; beim Blick aus der Luft ist das deutlich zu erkennen. Im Ergebnis lässt sich damit gut vertreten, dass eine „Grenze“ der näheren Umgebung auf Höhe der Hausnummern 29/32 verläuft. Setzt man die korrekte (mittlere) Firsthöhe von 12,07 m an, scheidet außerdem das Gebäude Carl-Zuckmayer-Straße 1 bereits als Referenzobjekt aus; laut Baugenehmigung hat es nur eine Höhe von 10,30 m. Es muss außerdem beachtet werden, dass das Haus Gerhart-Hauptmann-Straße 5 in einer Entfernung von mehr als 150 m zum beantragten Vorhaben steht, getrennt durch zehn andere Gebäude. Durch diese Distanz kann nicht von einer gegenseitigen Auswirkung zwischen den Bauten die Rede sein.

In der dann verbleibenden näheren Umgebung findet sich kein Gebäude, das ähnliche Maße aufweist wie das geplante Mehrfamilienhaus. Nirgendwo sind Grundflächen über 150 m² zu finden. Im Einfügnachweis wird angegeben, dass die Häuser Mombacher Straße 22, 22A und 22B, die auf dem gleichen Grundstück stehen, zusammen eine Grundfläche von 245,5 m² aufweisen. Es handelt sich allerdings um drei eindeutig getrennte Häuser mit jeweils etwa 82 m² Grundfläche.

Zur Straße hin sind zwar bei einigen Häusern ähnliche Trauf- und Firsthöhen zu finden. Zur Talseite weist allerdings kein Haus ähnliche Gebäudehöhen auf wie das geplante Gebäude, weil die anderen Häuser zum Tal gestaffelt sind und weil die hinteren Gärten i. d. R. nicht so tief liegen wie die geplante Parkfläche.

Nach genauer Prüfung der genannten Präzedenzfälle stellen das Bauamt und der Rechtsbeistand fest, dass das beantragte Vorhaben sich nach dem Maß der baulichen Nutzung nicht in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und nach § 34 BauGB nicht genehmigungsfähig ist. Das Einvernehmen der Gemeinde wurde nicht rechtswidrig versagt. Folglich lagen auch die Voraussetzungen für ein Ersetzen des Einvernehmens nach § 71 Abs. 1 LBauO nicht vor. Wir sind der Ansicht, dass die Baugenehmigung rechtswidrig erteilt wurde.

Anlage

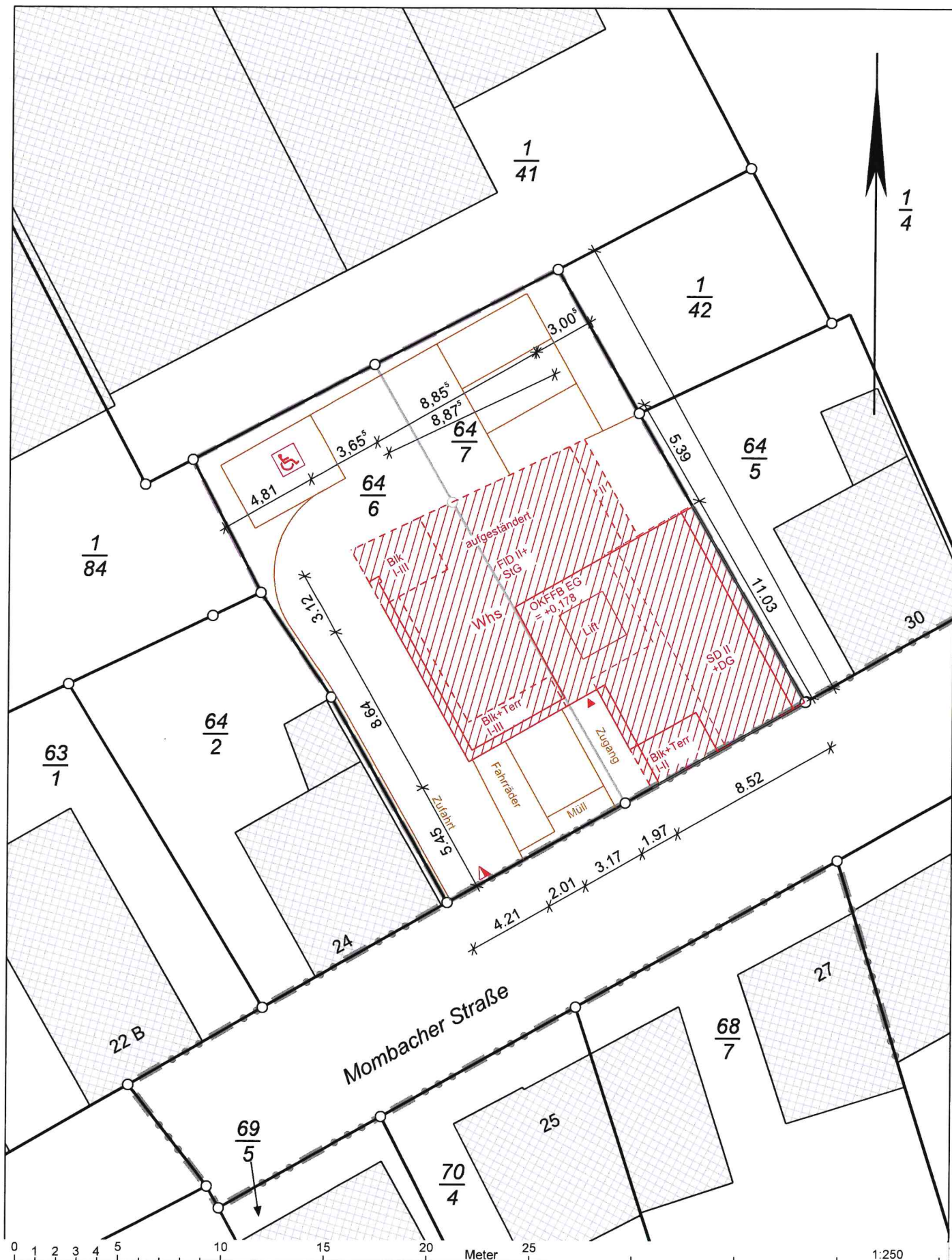
Liegenschaftskarte, Berechnungen, Freiflächenplan, Grundrisse, Schnitt, Ansichten, Einfügnachweis, Fotodokumentation vom 09.2024

Stellungnahme der Kämmerei: erforderlich / ~~nicht erforderlich~~


Ritzert
(Sachbearbeiter)

Kapp
(Fachbereichsleiter)


Hinz
(Bürgermeister)



| | | | |
|---|--|---|---|
| Legende: Ü Überdachung + DG ausgebaut. Dachgeschoss Whs Wohnhaus Schp Schuppen * Vollgeschoss nicht Bestandteil des LiKa | Laubbaum Nadelbaum Gasschieber OK Eingang / Einfahrt Schaltkasten / Verteiler Kanaldeckel Straßeneinlauf | Schacht Hydrant Wasserschieber Beleuchtung Geländehöhe Mauer Zaun | Bemerkungen: Die Vereinigung und Verschmelzung der Flurstücken 64/6 und 64/7 werden nach der Erhaltung der Baugenehmigung erfolgen. |
| <h1>Liegenschaftsplan</h1> <p>Erstellung auf Grundlage der ALKIS-Bestandsdaten</p> | Gemarkung: Budenheim Flur: 1 Maßstab: 1:250 Projekt-Nr.: 210387 Bearbeiter: Gerken Datum: 24.07.2024 Datei: 210387 SLP | Dr.- Ing. Jürgen Riehl Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur Rüdesheimer Straße 45 65239 Hochheim am Main Fon: 06146 - 8250 0 Fax: 06146 - 825020 mail: info@riehl-oebvi.de | |

Bauherrschaft



Planverfasser

Architekt ADNAN MUJIK
Rheingaustraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
+49 (0) 6139 92320
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com



Projekt **ET_MFH**

Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage

Mombacher Straße 26 u. 28
55257 Budenheim
Gemarkung: Budenheim
Flur: 1
Flurstück: 64/6 u. 64/7

Datum 05-07-2024

Ermittlung und Nachweis des Maßes der baulichen Nutzung für das o.g. Bauvorhaben

Grundflächenzahl GRZ

Grundstück = **489,61 m²**
Gebäude = **205,62 m²**

Gesamt = **205,62 m²**

GRZ = **0,42**

Grundflächenzahl GRZ II

Grundstück = **489,61 m²**
Gebäude = **205,62 m²**

Zufahrt = **98,81 m²**

Zuwegung = **13,00 m²**

Fahrrad-Stellplätze = **11,00 m²**

Mülltonnen-Box = **2,51 m²**

Gesamt = **330,94 m²**

GRZ = **0,68**

Max. **GRZ** in Nachbarschaft : 0,70
geplant + vorhanden : 0,42

Fazit: Die maximal zulässige GRZ wird unterschritten!

Max. zulässige **GRZ II** : 0,66
Max. zulässige **GRZ II** + 50% : 0,68 < 0,80
geplant + vorhanden : 0,68

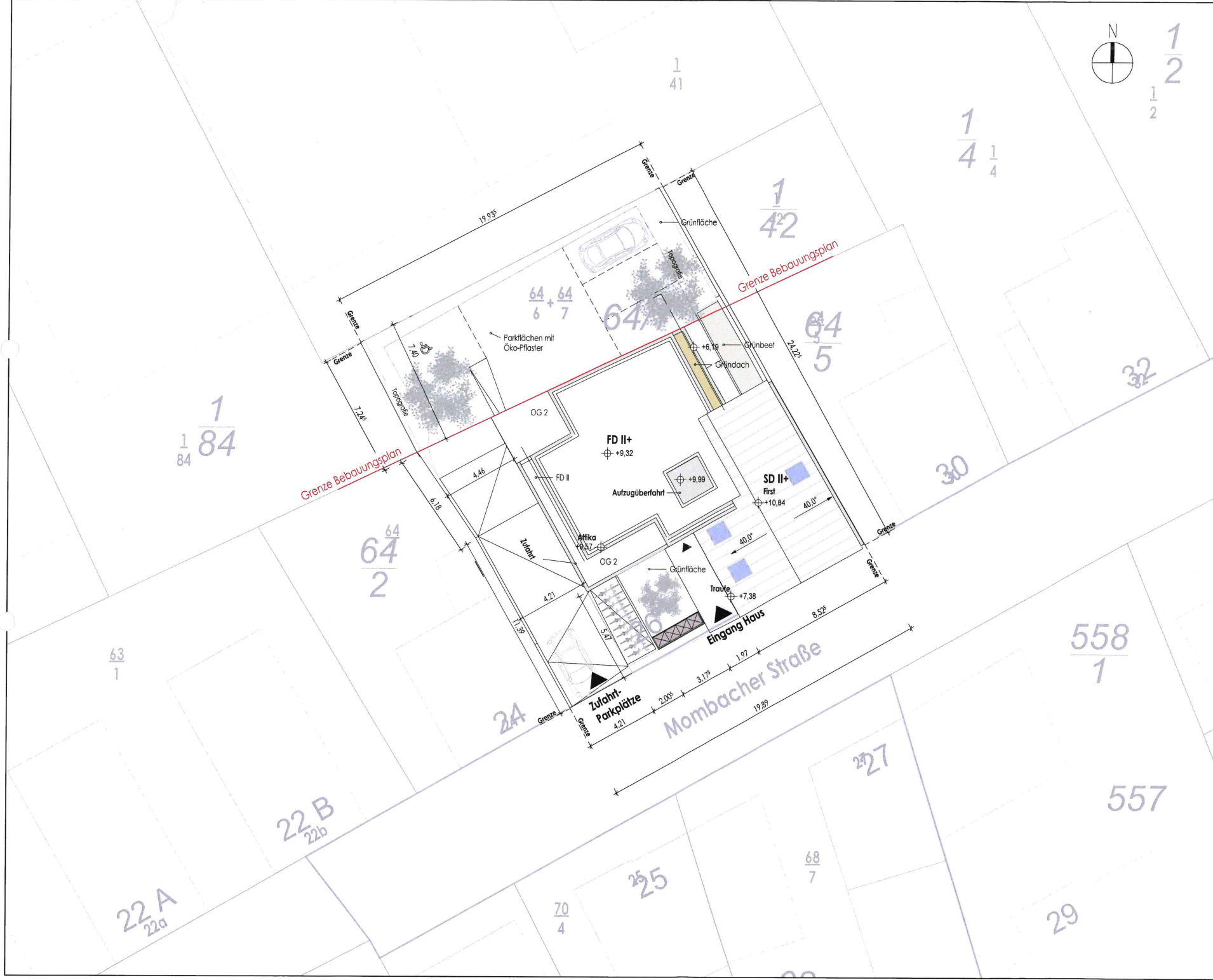
Fazit: Die maximal zulässige GRZ II wird überschritten. Die Überschreitung liegt jedoch im Rahmen, welche durch die Baunutzungsverordnung unter § 19 Absatz (4) geregelt wird.



dargestellt in : Einfügnachweis GRZ - BA_100-036

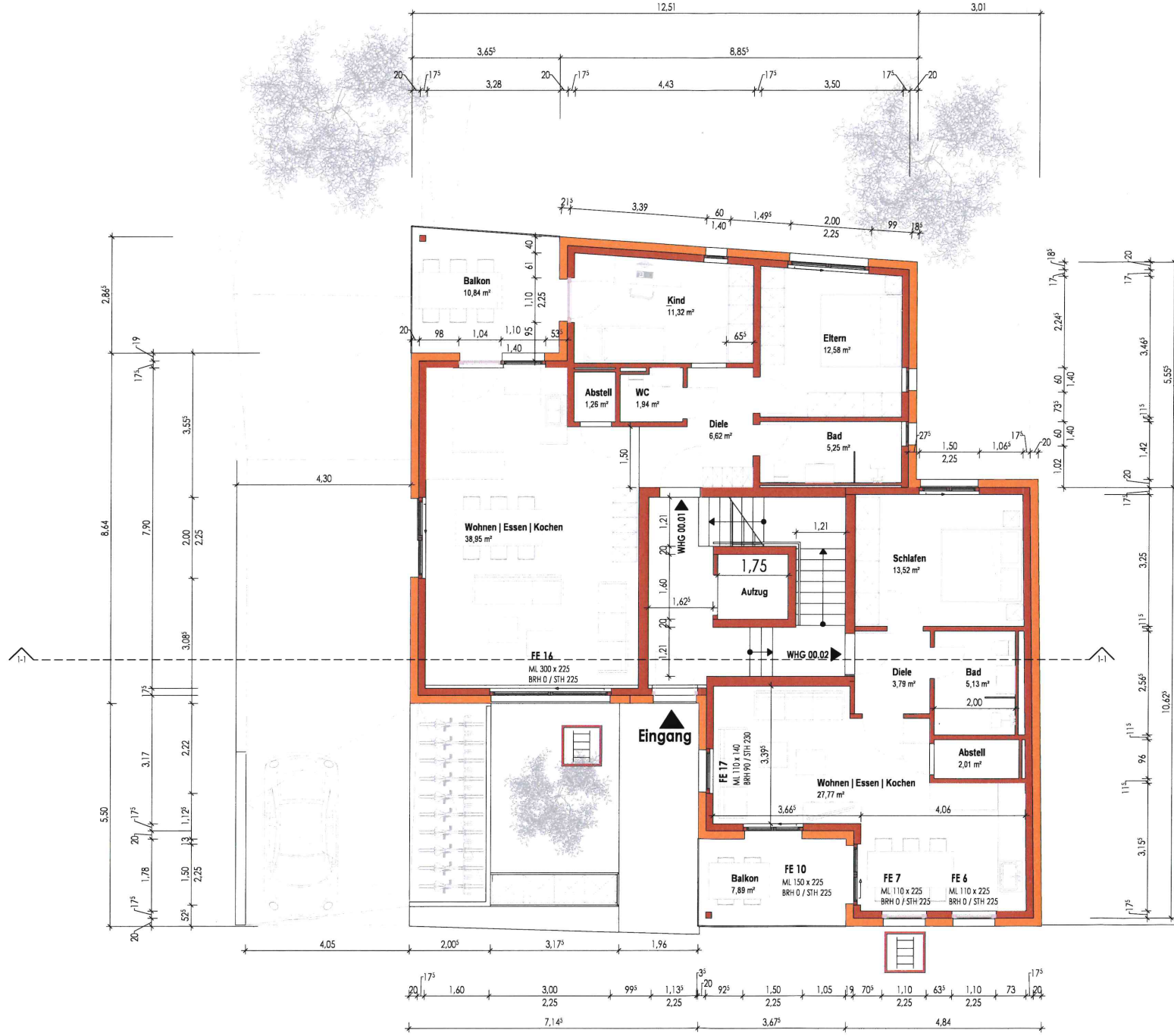


Bauherrschaft
05-07-2024

Planverfasser



| | | | | | |
|--|--|---|---|--|---|
| Projekt: Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage | | Planverfasser Architekt ADNAN MUJIC Rheingaustraße 16 55257 Budenheim +49 (0) 171 5151338 +49 (0) 6139 92320 info@amarchitekten.com www.amarchitekten.com | | Bauherrschaft  Unterschrift Bauherrin | |
| Bauort Mombacher Straße 26 u. 28 55257 Budenheim Gemarkung: Budenheim Flur: Flurstück: 64/6 u. 64/7 | Plan Übersichts- u. Freiflächenplan | | Unterschrift Planverfasser  | | Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen. Technische Änderungen vorbehalten. Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen! |
| Maßstab 1 : 200 | Bearbeiter MA | Plan-Nr. BA_100-009 | Ausgabedatum 05-07-2024 | | |



| | |
|---|--|
| Projekt Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage | |
| ET_MFH | |
| Bauort | Mombacher Straße 26 u. 28 55257 Budenheim Gemarkung: Budenheim |
| Plan | Grundriss Erdgeschoss |
| Maßstab | 1 : 100 |
| Bearbeiter | MA |
| Plan-Nr. | BA_100-003 |
| Ausgabedatum 07-05-2024 | |

Planverfasser
Architekt ADNAN MUJIC
Rheingautstraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
+49 (0) 6139 92320
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com

Unterschrift Konv. Verlass

Bauherrschaft

Unterschrift Bauherrin



ARCHITECTEN
www.amarchitekten.com

Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen Vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen!





| | | |
|---|--|-------------------------|
| Projekt Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage | | |
| ET_MFH | | |
| Bauort | Mombacher Straße 26 u. 28 55257 Budenheim Gemarkung: Budenheim Flur: Flurstück: 64/6 u. 64/7 | |
| Plan | Grundriss Staffel- u. Dachgeschoss | |
| Maßstab | 1 : 100 | Bearbeiter MHA |
| Plan-Nr. | BA_100-005 | Ausgabedatum 05-07-2024 |

Planverfasser
Architekt ADNAN MUJIC
Rheingaustraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com

Unterschrift Planverfasser

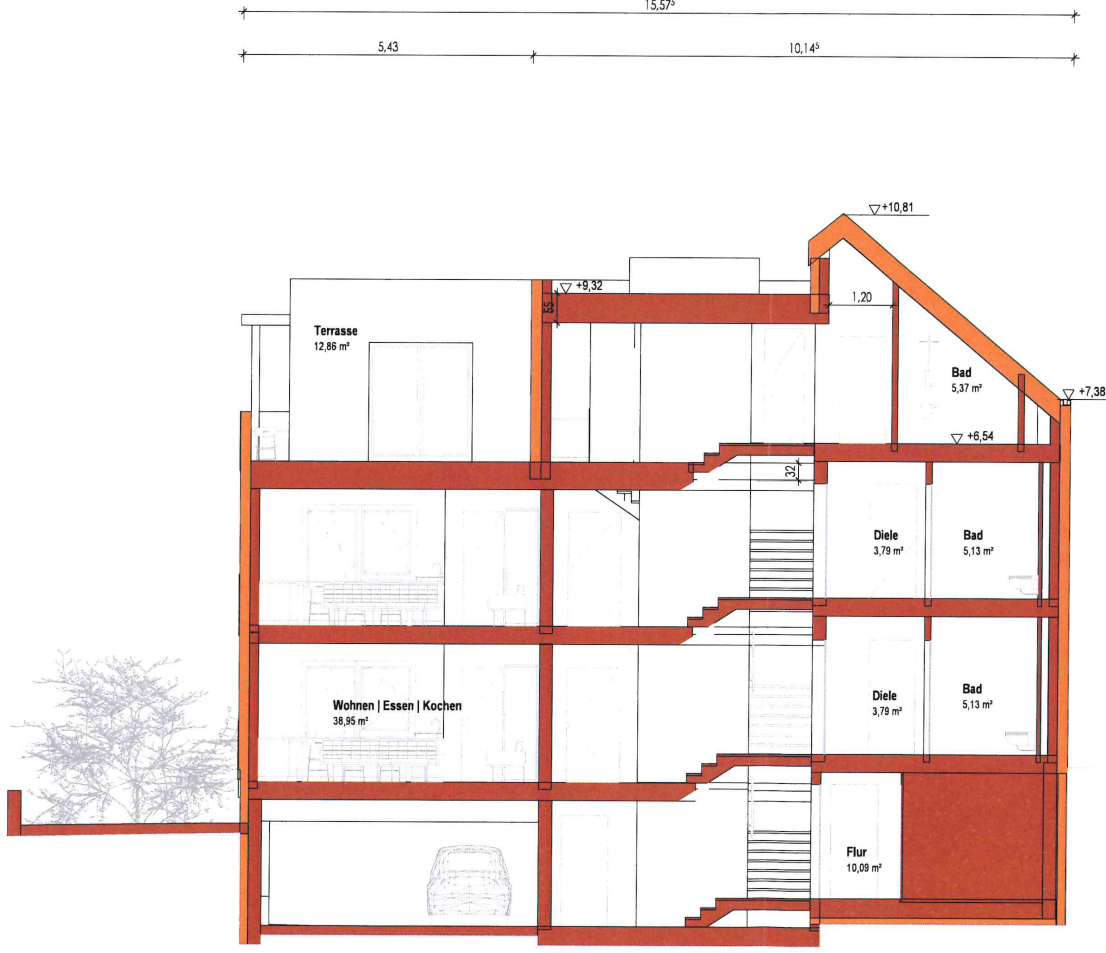
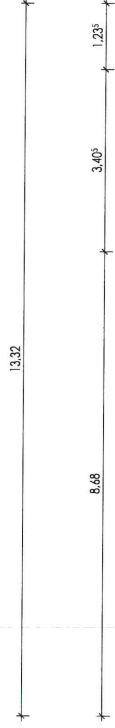
Bauherrschaft

Unterschrift Bauherrin



ARCHITEKTEN
www.amarchitekten.com

Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen!



Projekt Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage
ET_MFH

Bauort Mambacher Straße 26 u. 28
55257 Budenheim
Gemarkung: Budenheim Flur:1 Flurstück: 64/6 u. 64/7

Plan Schnitt 1-1

Maßstab 1 : 100 Bearbeiter MHA

Plan-Nr. BA_100-021 Ausgabedatum 05-07-2024

Planverfasser

Architekt ADNAN MUJIC
Rheingautstraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
+49 (0) 6139 92320
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com

Unterschrift Planverfasser

Bauherrschaft



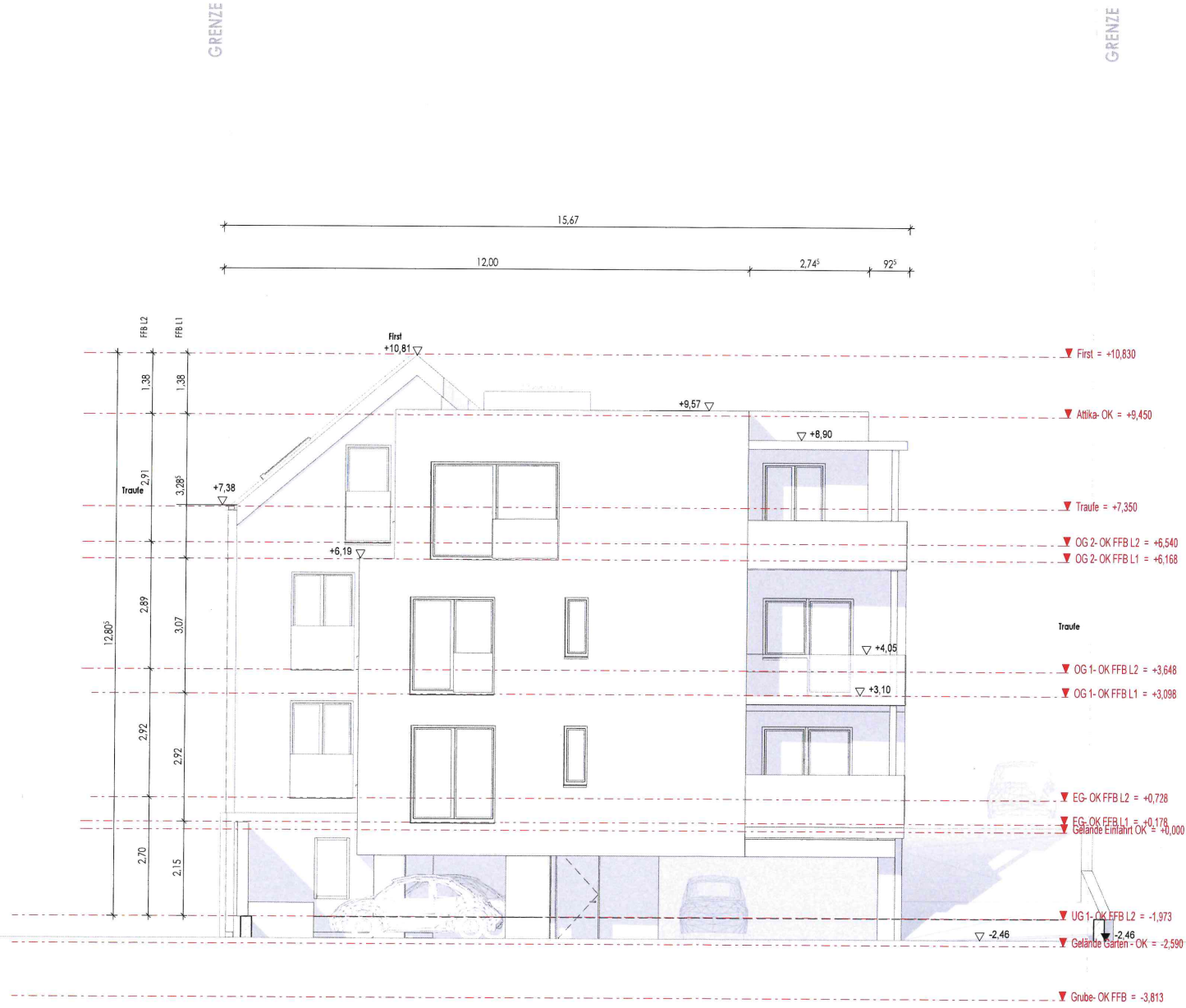
Unterschrift Bauherrin



ARCHITECTEN

www.amarchitekten.com

13.07.2024 14:58:47
Für Ausfertigungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen!



| | | | |
|---|--|-------------------------|-----|
| Projekt Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage ET_MFH | | | |
| Bauort | Mombacher Straße 26 u. 28 55257 Budenheim Gemarkung: Budenheim Flur: Flurstück: 64/6 u. 64/7 | | |
| Plan | Ansicht Nord | | |
| Maßstab | 1 : 100 | Bearbeiter | MHA |
| Plan-Nr. | BA_100-011 | Ausgabedatum 05-07-2024 | |

Bauherrschaft



Planverfasser
Architekt ADNAN MUJIC
Rheingaustraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
+49 (0) 6139 92320
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com
Unterschrift Planverfasser



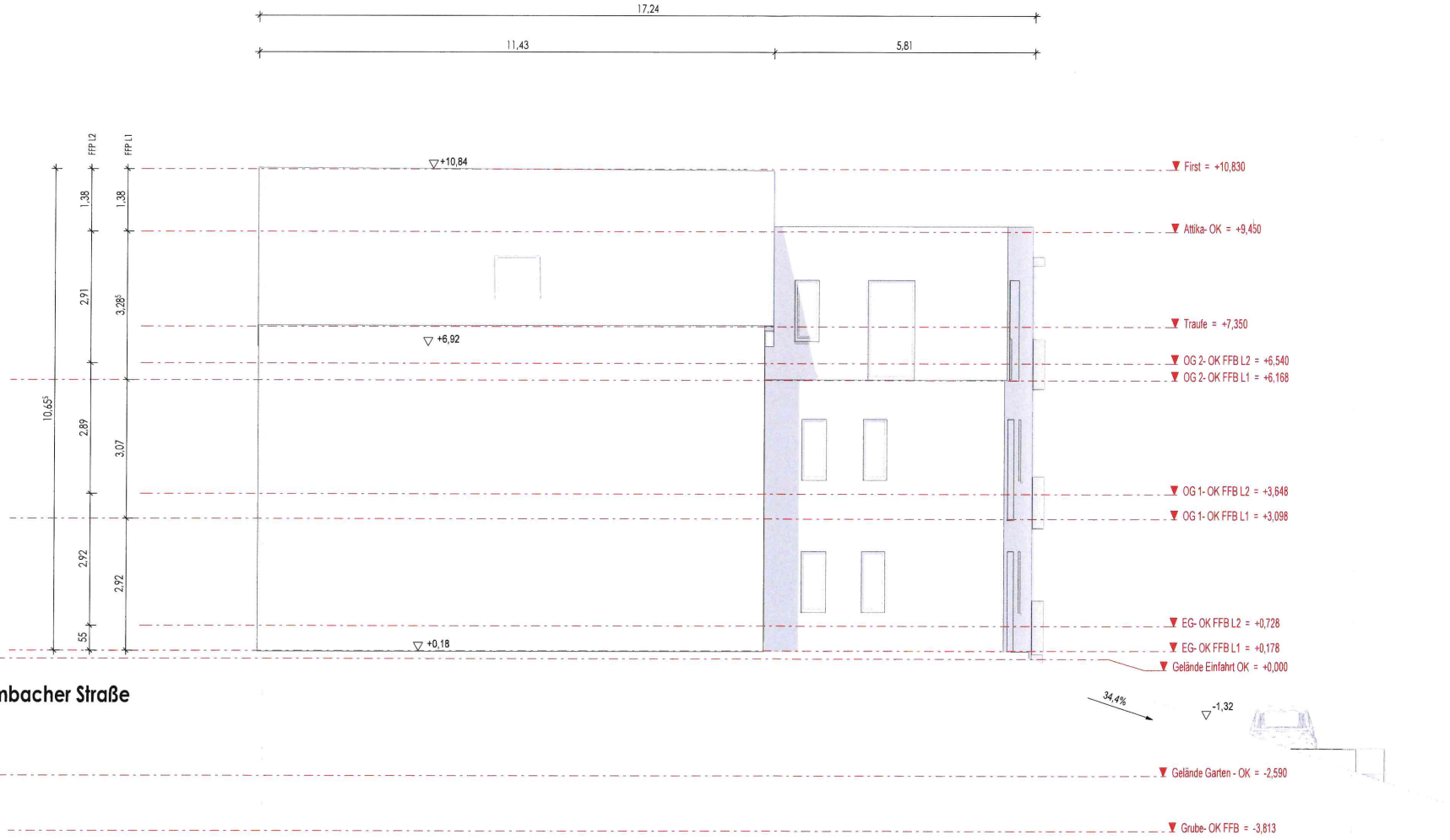
ARCHITECTEN
www.amarchitekten.com

Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen!

Mombacher Straße

GRENZE

GRENZE



Projekt Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage
ET_MFH

Bauort Mombacher Straße 26 u. 28
55257 Budenheim
Gemarkung: Budenheim Flur:1 Flurstück: 64/6 u. 64/7

Plan Ansicht Ost

Maßstab 1 : 100 Bearbeiter MA

Plan-Nr. BA_100-012 Ausgabedatum 05-07-2024

Planverfasser

Architekt ADNAN MUJIC
Rheingaustraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
+49 (0) 6139 92320
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com

Unterschrift Planverfasser

Bauherrschaft



Unterschrift Bauherrin



ARCHITEKTEN
www.amarchitekten.com

13.07.2024 15:27:36

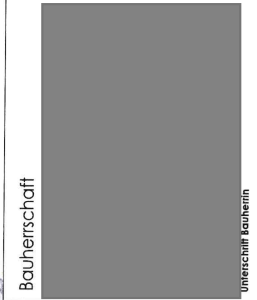
Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen Vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen!



| | | | |
|---|--|--|--|
| Projekt Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage | | Bauherrschaft | |
| ET_MFH | | Architekt ADNAN MUJIC | |
| Bauort | Mombacher Straße 26 u. 28 55257 Budenheim Gemarkung: Budenheim | Rheingaustraße 16 55257 Budenheim +49 (0) 171 5151338 +49 (0) 6139 92320 info@amarchitekten.com www.amarchitekten.com | |
| Plan | Ansicht Süd | Unterschrift Planverfasser | |
| Maßstab | 1 : 100 | Bearbeiter MA | |
| Plan-Nr. | BA_100-013 | Ausgabedatum 05-07-2024 | |

ARCHITEKTEN
www.amarchitekten.com

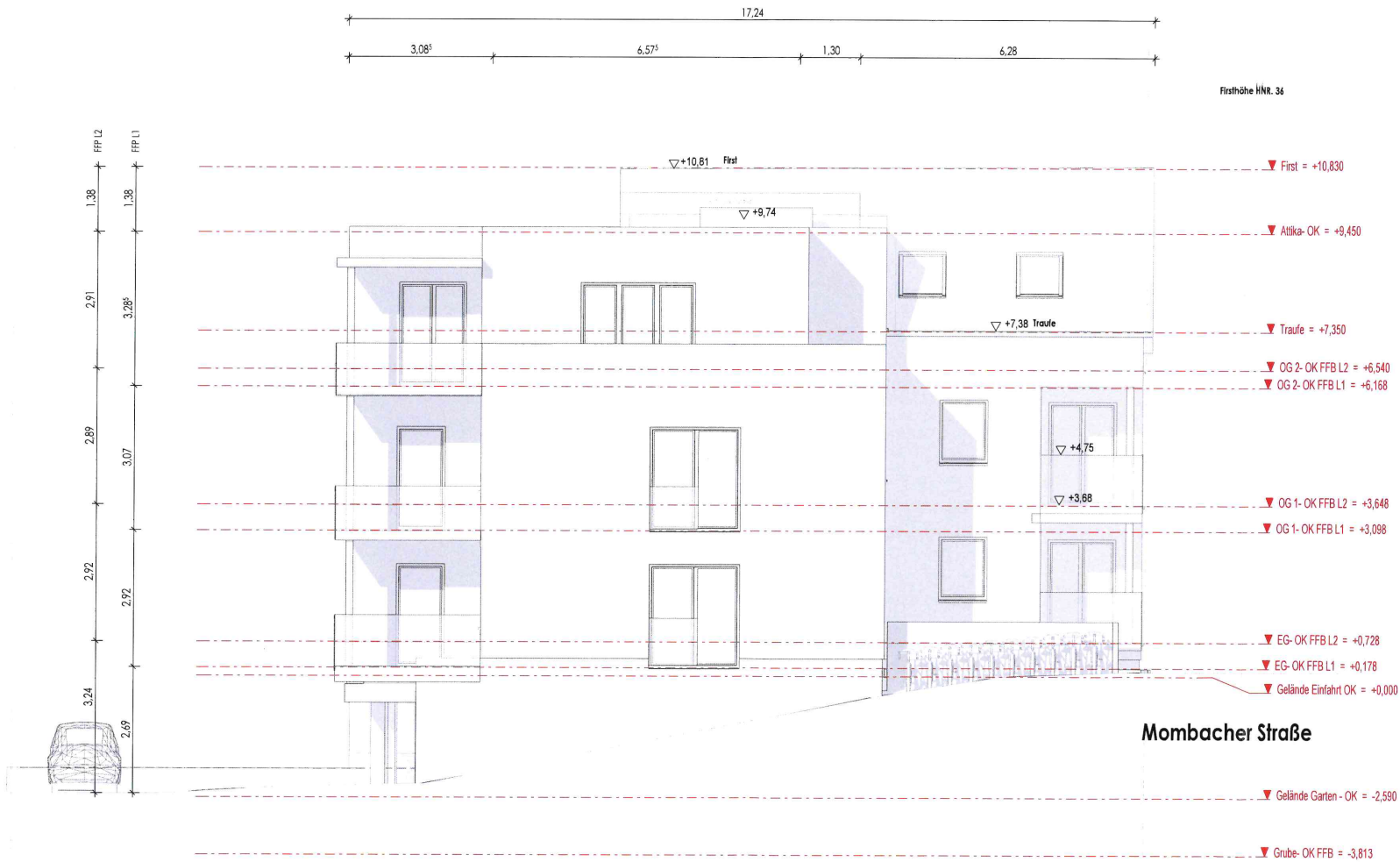
Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen!



Planverfasser
Architekt ADNAN MUJIC
Rheingaustraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
+49 (0) 6139 92320
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com

| | | | |
|---|--|--|--|
| Projekt Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage | | Bauherrschaft | |
| ET_MFH | | Architekt ADNAN MUJIC | |
| Bauort | Mombacher Straße 26 u. 28 55257 Budenheim Gemarkung: Budenheim | Rheingaustraße 16 55257 Budenheim +49 (0) 171 5151338 +49 (0) 6139 92320 info@amarchitekten.com www.amarchitekten.com | |
| Plan | Ansicht Süd | Unterschrift Planverfasser | |
| Maßstab | 1 : 100 | Bearbeiter MA | |
| Plan-Nr. | BA_100-013 | Ausgabedatum 05-07-2024 | |

GRENZE



GRENZE

Bauherrschaft

Planverfasser
Architekt ADNAN MUJIC
Rheingaustraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
+49 (0) 6139 92320
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com

Unterschrift Planverfasser

Projekt Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage
ET_MFH

Bauort
Mombacher Straße 26 u. 28
55257 Budenheim
Gemarkung: Budenheim Flur: Flurstück: 64/6 u. 64/7

Plan
Ansicht West

Maßstab
1 : 100

Plan-Nr.
BA_100-014

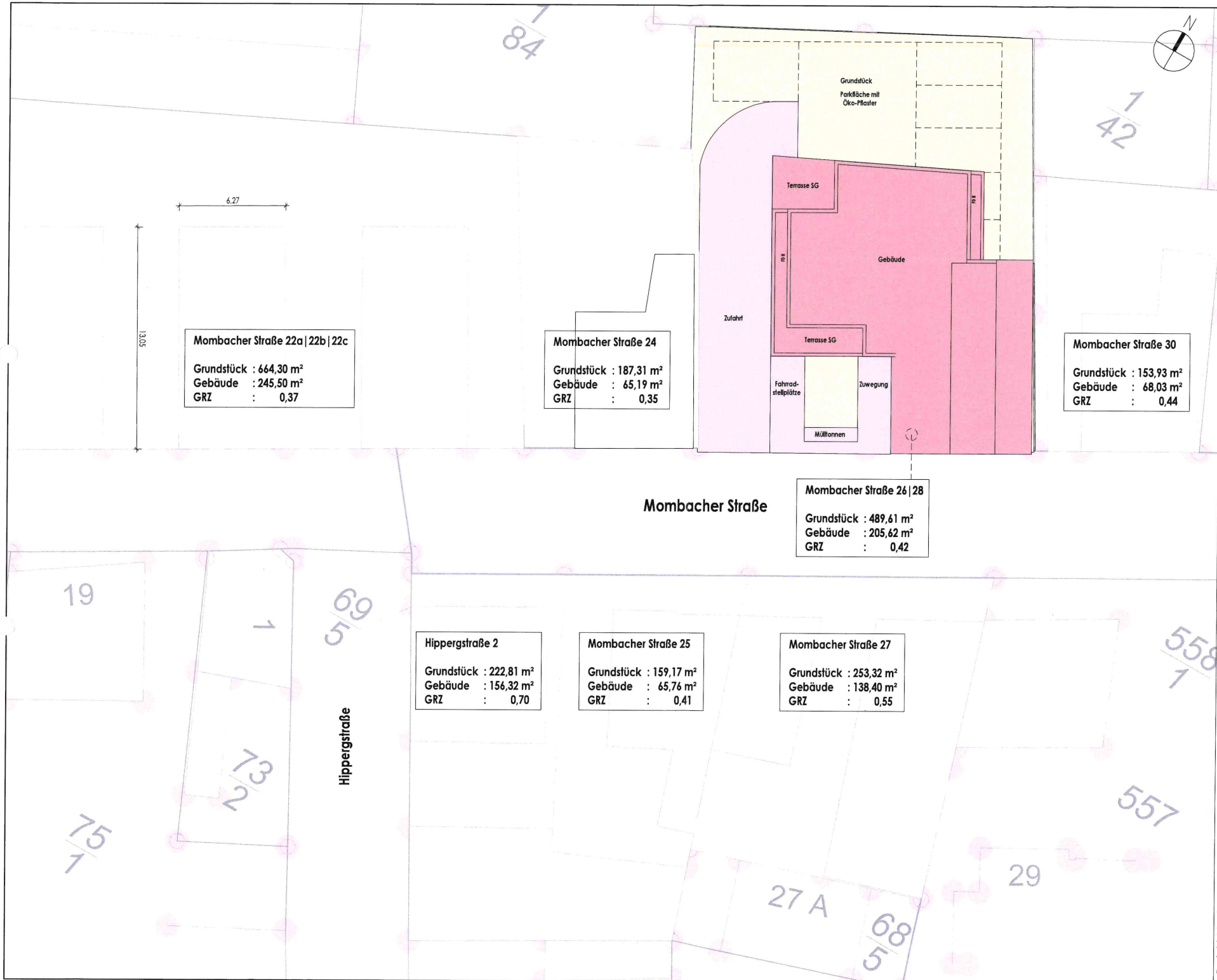
Bearbeiter
MA

Ausgabedatum
05-07-2024



ARCHITECTEN
www.amarchitekten.com

Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen!



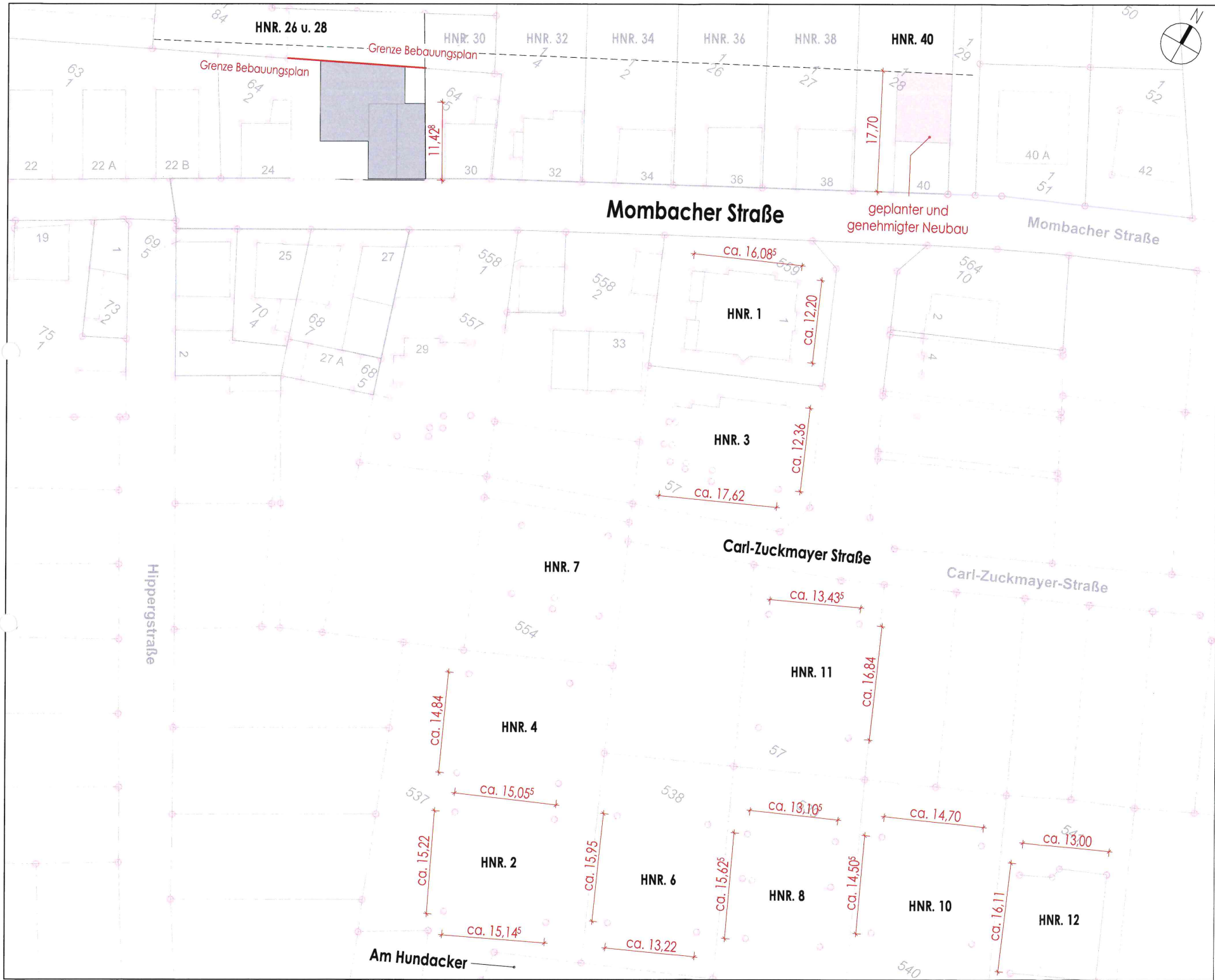
| | | | |
|--|--|-------------------------|----|
| Projekt: Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage ET_MFH | | | |
| Bauort | Mombacher Straße 26 u. 28 55257 Budenheim Gemarkung: Budenheim | Flur: 64/6 u. 64/7 | |
| Plan | Maß der baulichen Nutzung | | |
| Maßstab | 1 : 200 | Bearbeiter | MA |
| Plan-Nr. | BA_100-010 | Ausgabedatum 05-07-2024 | |

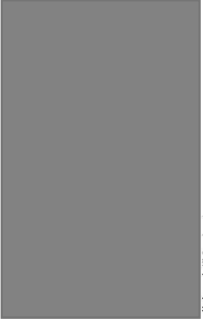
Planverfasser
Architekt ADNAN MUJIC
Rheingaustraße 16
55257 Budenheim
+49 (0) 171 5151338
+49 (0) 6139 92320
info@amarchitekten.com
www.amarchitekten.com

Bauherrschaft

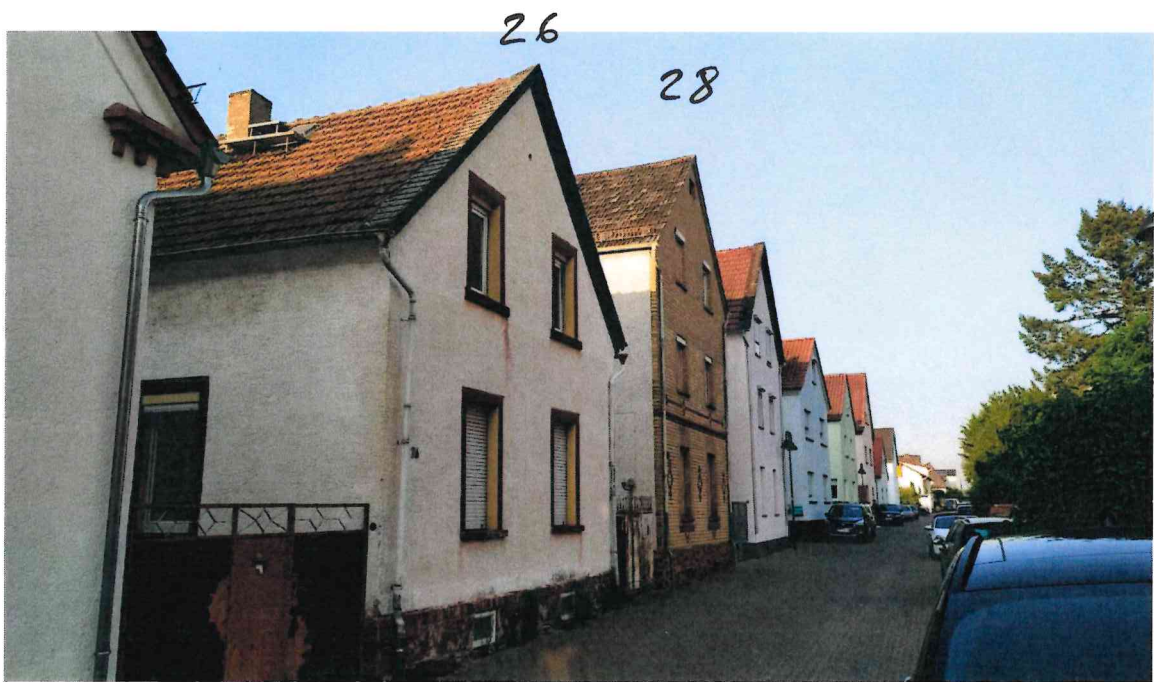
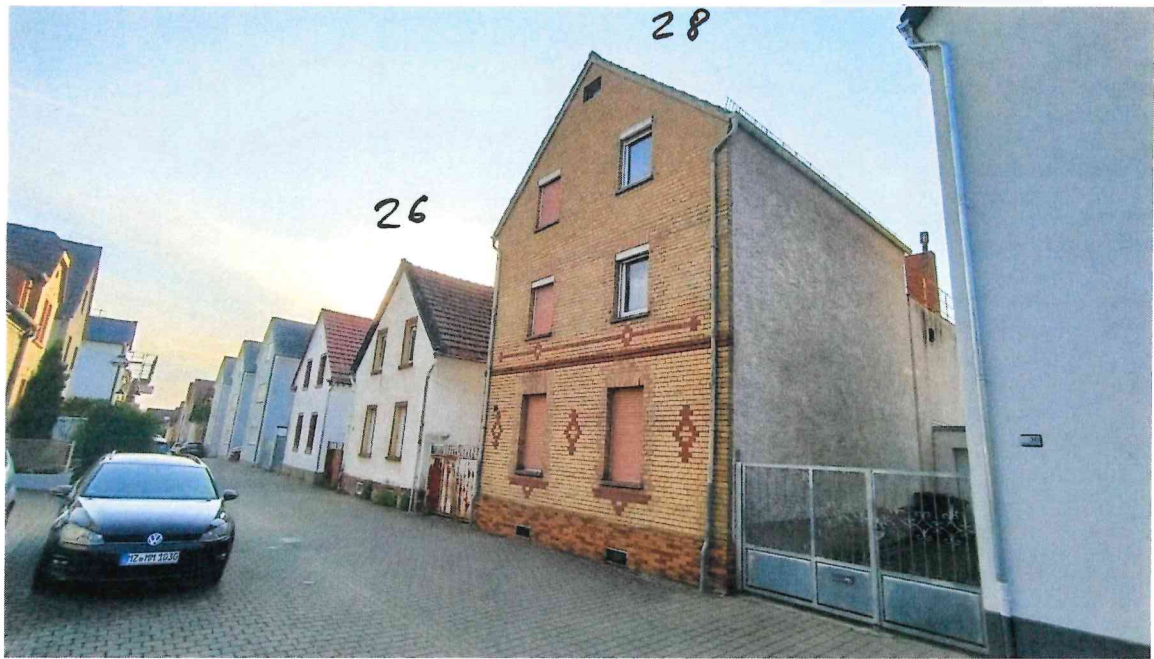

ARCHITECTEN
www.amarchitekten.com

Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen!



| | | | | | |
|--|---|---|------------------|--|--|
| Projekt: Neubau Mehrfamilienhaus, 5 Wohneinheiten mit Tiefgarage ET_MFH | | Planverfasser Architekt ADNAN MUJIC Rheingaustraße 16 55257 Budenheim +49 (0) 171 5151338 +49 (0) 6139 92320 info@amarchitekten.com www.amarchitekten.com | | Bauherrschaft  Unterschill Bauheimm | |
| Bauort Mombacher Straße 26 u. 28 55257 Budenheim Gemarkung: Budenheim Flur: Flurstück: 64/6 u. 64/7 | Plan Einfügung absolute Gebäudegröße | Maßstab 1 : 500 | Bearbeiter MA | Architekten www.amarchitekten.com | |
| Plan-Nr. BA_100-015 | Ausgabedatum 05-07-2024 | | | | |

Für Ausführungen gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
Technische Änderungen vorbehalten.
Alle Maße sind am Bau vor Ort zu prüfen.





GEMEINDEVERWALTUNG BUDENHEIM

| | |
|--------|--|
| Anlage | zur Niederschrift -Ausschuss vom |
| Anlage | zur Niederschrift -Ausschuss vom |
| Anlage | zur Niederschrift GR vom 04.02.2026 |

Fachbereich : GwB
Bearbeiter : Schlegel-Kilp
Aktenzeichen :

Datum : 14.01.2026

Drucksachen-Nr. : 013/1-2026

Betr.: Ausschreibung Pflegemaßnahmen Straßenbegleitgrün

Beratungsfolge:

| | | | | |
|----------|-------------|-----------------|--|---|
| Gremium: | TOP: 5a) | Sitzungstermin: | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | abschließende Entscheidung: ja / nein |
| Gremium: | TOP: | Sitzungstermin: | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | abschließende Entscheidung: ja / nein |
| Gremium: | TOP: | Sitzungstermin: | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | abschließende Entscheidung: ja / nein |

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Pflege des Straßenbegleitgrün für die Jahre 2026 und 2027 auszuschreiben und den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

Begründung:

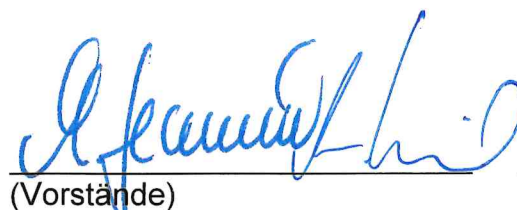
Die Verwaltung beabsichtigt die Pflege des Straßenbegleitgrüns für die Jahre 2026/2027 öffentlich auszuschreiben und dem wirtschaftlichsten Bieter den Auftrag zu erteilen.

Vor dem Hintergrund, dass der Haushalt 2026 erst im April durch den Gemeinderat beschlossen werden soll, ist eine vorzeitige Ausschreibung notwendig. Der Frühjahrspflegegang muss im Mai durchgeführt werden und erfordert eine rechtzeitige Beauftragung. Entsprechende Haushaltsmittel werden im Haushaltsplan 2026 vorgesehen.

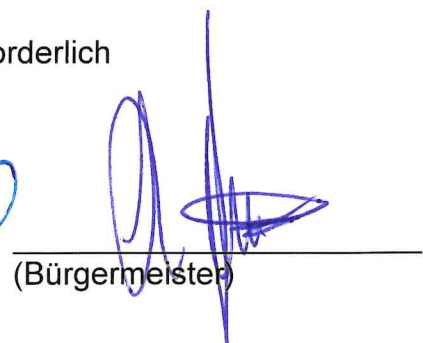
Stellungnahme der Kämmerei: erforderlich

Stellungnahme bezüglich Gleichstellungsfragen: nicht erforderlich


(Sachbearbeiter)


(Vorstände)
Grieser

Weil


(Bürgermeister)

GEMEINDEVERWALTUNG BUDENHEIM

| | |
|--------|--|
| Anlage | zur Niederschrift -Ausschuss vom |
| Anlage | zur Niederschrift -Ausschuss vom |
| Anlage | zur Niederschrift GR vom 04.02.2026 |

Fachbereich : 2
Bearbeiter : Schlegel-Kilp
Aktenzeichen :

Datum : 14.01.2026

Drucksachen-Nr. : 014/1-2026

Betr.: Ausschreibung Pflegemaßnahmen Fiskalflächen

Beratungsfolge:

| | | | | |
|----------------|-------------|-------------------------------|--|---|
| Gremium: | TOP: 58) | Sitzungstermin: | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | abschließende Entscheidung: ja / nein |
| Gremium: | TOP: | Sitzungstermin: | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | abschließende Entscheidung: ja / nein |
| Gremium: GR | TOP: | Sitzungstermin: 04.02.2026 | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | abschließende Entscheidung: ja / nein |

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Pflege der Fiskalgrundstücke für das Jahr 2026 auszuschreiben und den Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

Begründung:

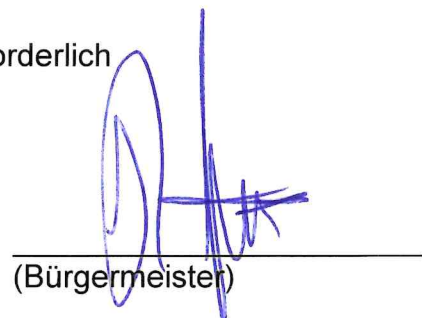
Die Verwaltung beabsichtigt die Pflege der Fiskalgrundstücke für das Jahr 2026 öffentlich auszuschreiben und dem wirtschaftlichsten Bieter den Auftrag zu erteilen. Vor dem Hintergrund, dass der Haushalt 2026 erst im April durch den Gemeinderat beschlossen werden soll, ist eine vorzeitige Ausschreibung notwendig. Der Frühjahrspflegegang muss im Mai durchgeführt werden und erfordert eine rechtzeitige Beauftragung. Entsprechende Haushaltsmittel werden im Haushaltsplan 2026 vorgesehen.

Stellungnahme der Kämmerei: erforderlich

Stellungnahme bezüglich Gleichstellungsfragen: nicht erforderlich


(Sachbearbeiter)


(Fachbereichsleiterin)
Melcher


(Bürgermeister)

GEMEINDEWERKE BUDENHEIM

- Anstalt des öffentlichen Rechts -

| | |
|----------------------|--------------------------|
| Anlage ¹² | zur Niederschrift |
| VR vom 11.12.2025 | |
| Anlage | n.i.O. zur Niederschrift |
| GR vom | |

Bearbeiter : Verwaltungsrat
Aktenzeichen : 800-11

Datum : 01.12.2025

Drucksachen-Nr.: VR 39-2025
GR 01511-2026

Betr.: Änderung der Satzung der Gemeindewerke Budenheim AöR

Beratungsfolge:

| | | | |
|-----------|-------------------------------|--|--|
| TOP: 9 | Sitzungstermin: 11.12.2025 | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: <input checked="" type="checkbox"/> nein: <input checked="" type="checkbox"/> Enth.: <input checked="" type="checkbox"/> | abschließende Entscheidung: nein |
| TOP: 6 | Sitzungstermin: | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | Abschließende Entscheidung ja |

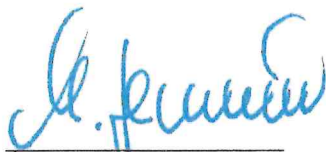
Beschlussvorschlag:

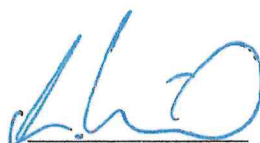
Der Änderungssatzung der Satzung der Gemeindewerke Budenheim AöR gemäß Anlage wird zugestimmt.

Begründung:

- Es wurden diverse Rechtschreibfehler korrigiert.
- Der § 5 (7) der Satzung der Gemeindewerke Budenheim AöR wird geändert, dass die Vorstände nach vorheriger Zustimmung durch den Gemeinderat (§ 7 Abs. 3 GwB-Satzung) vorzeitig aus wichtigem Grund widerrufen werden können.
- Unter § 7 der Satzung der Gemeindewerke Budenheim AöR wird die Reihenfolge der Entscheidungen in dringlichen Angelegenheiten neu geregelt. In § 7 Abs. 5 wird der letzte Satz beibehalten.

Die Änderung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.


Vorstand


Vorstand


Bürgermeister und Vorsitzen-
der des Verwaltungsrats

**Satzung für die
Gemeindewerke Budenheim
Anstalt des öffentlichen Rechts der Gemeinde Budenheim**

**Vom 13.12.2006
(GWB-Satzung)**

1. Änderung vom 30.11.2010
2. Änderung vom 16.08.2018, gültig ab 24.08.2018
3. Änderung vom 22. Juni 2020, gültig ab 26. Juni 2020
4. Änderung vom XXX, gültig ab

Änderungen:

Inhaltsübersicht:

- § 1 Rechtsform, Name, Sitz, Stammkapital
- § 2 Aufgaben
- § 3 Kompetenzen
- § 4 Organe
- § 5 Vorstand
- § 6 Verwaltungsrat
- § 7 Aufgaben des Verwaltungsrates
- § 8 Einberufung und Beschlussfassung
- § 9 Verpflichtungserklärung
- §.10 Wirtschaftsführung, Rechnungswesen, Vermögensverwaltung und Prüfung
- § 10a Finanzierung Bauhof
- § 11 Jahresabschluss
- § 12 Wirtschaftsjahr, Wirtschaftsplan
- § 13 Bekanntmachung
- § 14 Überleitungsvorschriften
- § 15 Auflösung
- § 16 In-Kraft-Treten

Aufgrund der §§ 24 und 86 a Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 02. März 2006 (GVBl. S. 57), hat der Gemeinderat der Gemeinde Budenheim die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:



§ 5 Vorstand

- (5) Durch Beschluss kann der Verwaltungsrat einzelnen oder allen Vorstandsmitgliedern die Befugnis zur alleinigen Vertretung erteilen. Gleiches gilt für die Befreiung von **der** Beschränkung des § 181 BGB.
- (7) Der Verwaltungsrat kann die Bestellung zum Vorstand **nach vorheriger Zustimmung durch den Gemeinderat (§ 7 Abs. 3 GwB-Satzung)** vorzeitig aus wichtigem Grund widerrufen.

§ 7 Aufgaben des Verwaltungsrats

- (5) **Entscheidungen in dringlichen Angelegenheiten des Absatzes 4 trifft der Verwaltungsrat zunächst zeitnah im Umlaufverfahren notwendige Maßnahmen, falls dies nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann und sonst erhebliche Nachteile oder Gefahren entstehen können, ist in zweiter Linie ein Einvernehmen mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden einzuholen.**

~~In dringlichen Angelegenheiten des Absatzes 4 trifft – falls der Verwaltungsrat nicht rechtzeitig einberufen werden kann und sonst erhebliche Nachteile oder Gefahren entstehen können – der Vorstand im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats notwendigen Maßnahmen. Über diese Maßnahme hat der Vorstand den Verwaltungsrat unverzüglich zu unterrichten.~~

§ 9 Verpflichtungserklärung

- (2) Der Vorstand unterzeichnet ohne Beifügung eines Vertretungszusatzes, der Stellvertreter mit dem Zusatz „In Vertretung“, andere Vertretungsberechtigte mit dem Zusatz **„In Im Auftrag“**. Erklärungen des Verwaltungsrats werden vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall von seinem Stellvertreter unter der Bezeichnung „Verwaltungsrat der Gemeindewerke Budenheim, Anstalt des öffentlichen Rechts“ abgegeben.

§ 11 Jahresabschluss

- (3) Für die Aufstellung, Feststellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gelten die Vorschriften der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz; die für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches sind entsprechend anzuwenden. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses ist § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) **entsprechend** zu beachten. Dem Rechnungsprüfungsausschuss des Gemeinderats werden die Rechte des § 54 Abs. 1 HGrG eingeräumt.

§ 15 Auflösung der Anstalt

Der Gemeinderat entscheidet über die Auflösung der Anstalt. Im Fall ihrer Auflösung fällt das Vermögen der Anstalt im Wege der **Gesamtrechtsnachfolge** an die Gemeinde zurück.

§ 16 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Budenheim, den **XX.XX.XXXX**
Gemeindewerke Budenheim

Stephan Hinz
Bürgermeister und Verwaltungsratsvorsitzender

Hinweis:

Gemäß § 24 Absatz 6 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht wenn

1. die Bestimmung über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Budenheim, den **XX.XX.XXXX**
Gemeindewerke Budenheim

Stephan Hinz
Bürgermeister und Verwaltungsratsvorsitzender



Zu TOP 7
GRV. 04.02.2026

004/1-2026



Bürgermeister Stephan Hinz
Rathaus der Gemeinde Budenheim
Berliner Straße 3

55257 Budenheim

Budenheim, den 18. Januar 2026

Informationsverlangen gemäß § 33 Abs.3 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) zur Haushaltsaufstellung 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinz,

die Fraktion der FREIEN WÄHLER ersucht Sie gemäß § 33 Abs. 3 GemO um Unterrichtung des Gemeinderats über die nachfolgenden Angelegenheiten zur Haushaltsaufstellung 2026.

1. ALLGEMEINE FRAGEN ZUM STAND DER HAUSHALTAUFSTELLUNG

1.1

Gemäß § 97 Abs. 2 GemO ist die Haushaltssatzung spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Die erste Beratung des Haushalts 2026 ist für den 11. März 2026 geplant, also knapp 2,5 Monate nach Jahresbeginn.

Frage:

Welche konkreten Gründe führen zu dieser erheblichen zeitlichen Verzögerung? Welche Schritte wurden unternommen, um die Haushaltsaufstellung rechtzeitig zum 1. Januar 2026 abzuschließen?

1.2

Frage:

Liegt die Haushaltsaufstellung dem Bürgermeister bereits in Entwurfsform vor? Falls ja, seit wann? Falls nein, wann ist mit der Vorlage des Entwurfs zu rechnen?

1.3

Frage:

Sind bereits erste Eckwerte und Rahmendaten der Haushaltsaufstellung verfügbar (gesamte Erträge/Aufwendungen, Einzahlungen/Auszahlungen, geplante Investitionen)? Falls ja, bitten wir um Vorlage dieser Zahlen.

2. ZEITPLANUNG UND VERFAHRENSABLÄUFE

2.1

Frage:

Welchen detaillierten Zeitplan legt die Verwaltung für die verbleibenden Schritte des Haushaltsverfahrens zugrunde (Entwurfserstellung, öffentliche Bekanntmachung, 14-Tage-Frist

Bürgerbeteiligung, Ausschussberatungen, Gemeinderatsbeschluss, Vorlage an Kreisverwaltung, öffentliche Auslegung)?

2.2

Frage:

Wann soll die öffentliche Bekanntmachung des Haushaltsentwurfs gemäß § 97 Abs. 1 GemO erfolgen?

2.3

Frage:

Ist eine Beschlussfassung über den Haushalt im Gemeinderat noch im März 2026 geplant, oder mit welchem Zeitpunkt wird gerechnet?

3. FINANZIELLE SITUATION UND HAUSHALTSSTRUKTUR

3.1

Frage:

Ist der Haushalt 2026 strukturell und faktisch ausgeglichen, oder welche Defizite sind zu erwarten? Welche Sonderregelungen oder Ausgleichsmaßnahmen sind notwendig?

3.2

Frage:

Welche Sparmaßnahmen und Einsparungen wurden in die Haushaltsaufstellung 2026 eingearbeitet? Hierzu bitten wir um eine detaillierte Aufstellung mit geschätzten Einsparvolumina.

3.3

Frage:

Wie entwickeln sich die Schulden der Gemeinde? Welche neuen Kreditaufnahmen (Investitionskredite und Liquiditätskredite) sind für 2026 geplant?

3.4

Frage:

Welche Investitionen und Großprojekte sind im Haushalt 2026 vorgesehen? Welche Projekte wurden gegenüber der Planung 2025 verschoben oder gestrichen?

4. BESONDERHEITEN DER ZEITLICHEN SITUATION

4.1

Frage:

Wurde die Terminplanung bewusst mit Blick auf die Bürgermeisterwahl gestaltet? Welche Überlegungen standen dahinter?

5. EINZAHLUNGEN UND ERTRÄGE

5.1

Frage:

Wie entwickeln sich die Gewerbesteureinnahmen, Grundsteuereinnahmen und sonstigen Steuern 2026 im Vergleich zu 2025? Auf welchen Annahmen beruhen diese Prognosen?

5.2

Frage:

Gibt es veränderte Schlüsselzuweisungen vom Land oder Umlagen an den Landkreis Mainz-Bingen?
Falls ja, wie wirken sich diese aus?

5.3

Frage:

Welche neuen Einnahmequellen oder Beitragssatzänderungen sind geplant (z.B. Erhöhung von Gebühren)?

6. BETEILIGUNG UND PARTIZIPATION

6.1

Frage:

Sind Bürgervertretungen bereits in den Haushaltsaufstellungsprozess eingebunden worden? Falls nein, warum nicht?

6.2

Frage:

Plant die Verwaltung, den Bürgern der Gemeinde die Möglichkeit zu geben, sich bereits vor der formalen öffentlichen Bekanntmachung zum Haushaltsentwurf zu äußern?

7. ZUGANG ZU DOKUMENTEN

Gemäß § 33 Abs. 3 GemO verlangt die Fraktion der Freien Wähler darüber hinaus, dass zwei von uns zu benennende Ratsmitglieder Akteneinsicht in folgende Dokumente und Unterlagen erhalten:

7.1

Alle bisherigen Entwurfsfassungen der Haushaltssatzung 2026 mit beigelegten Haushaltsplänen und Erläuterungsberichten

7.2

Eckwertbeschluss oder interne Aufstellungsrichtlinien für die Haushaltsaufstellung 2026

7.3

Alle Schriftwechsel und Korrespondenz mit der Kreisverwaltung bezüglich genehmigungspflichtiger Teile des Haushalts 2025 und voraussichtlicher Anforderungen für 2026

7.4

Analysen zur Entwicklung der Schuldenlast und zum Schuldenabbau

8. BEGRÜNDUNG DES VERLANGEN

Dieses Informationsverlangen ist erforderlich, um die Überwachungspflicht des Gemeinderats gemäß § 32 Abs. 1 Satz 3 GemO wahrzunehmen und die Gemeindeverwaltung bei einer so grundlegenden und zeitkritischen Aufgabe wie der Haushaltsaufstellung sachgerecht zu kontrollieren.

Die zeitliche Verzögerung der Haushaltsaufstellung wird durch dieses Verlangen dokumentiert. Das Zusammentreffen mit der Bürgermeisterwahl drei Tage vor der ersten Beratung ruft Fragen zu Prozessabläufen und Planungslogik auf, die transparente Antworten verdienen.

Ein rechtzeitig verfügbarer Haushalt ist unverzichtbar für:

- eine ordnungsgemäße Erfüllung der § 97 GemO-Anforderungen zur Vorlage

- ausreichende Zeit für öffentliche Bürgerbeteiligung
- sorgfältige Ausschussberatungen
- eine sachgerechte Ratsdebatte
- die Vermeidung von vorläufiger Haushaltsführung nach § 99 GemO

9. FRIST UND ADRESSATEN

Diese Informationen werden erbeten für die nächste Gemeinderatssitzung spätestens vier Werktage vor Sitzungstermin per E-Mail der Fraktion der Freien Wähler übermittelt.

Wir möchten die Informationen – sofern nicht unter Datenschutz stehend – auch in der Gemeinderatssitzung am 04. Februar 2026 thematisiert haben.

Budenheim, den 18.01.2026

Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER



Friedhelm Gores
Fraktionsvorsitzender FW OV Budenheim

Verteiler:

- Bürgermeister Stephan Hinz
- Beigeordnete

Zu TOP 8
GR v. 04.02.2026

Ausschüsse der Gemeinde Budenheim

Stand: 04.02.2026

 CDU

 GRÜNEN

 SPD

 FW

 FDP

 Wahlvorschläge an den Gemeinderat

Mitglied **RM 1. Stellvertreter/in** **RM 2. Stellvertreter/in** **RM**

Hauptausschuss (11 Mitglieder)

| | | | | | | |
|-----|-------------------------|---|----------------------|---|----------------------|---|
| 1. | Kai Hoffmann | x | Mario Berg | x | Roland Lang | x |
| 2. | Tim Froschmeier | x | Dirk Rochow | x | Katrin Veltze | x |
| 3. | Armin Goldbach | x | Katrin Veltze | x | Mario Berg | x |
| 4. | Kay-Uwe Römer | x | Dr. Hannes Saas | x | Dr. Anne Försch | x |
| 5. | Nicole Gotthardt-Brauer | x | Lisa Harlfinger | x | Kay-Uwe Römer | x |
| 6. | Klaus Neuhaus | x | Dr. Hannes Saas | x | Lisa Harlfinger | x |
| 7. | Wersin, Peter | x | Wabra, Marcel | x | | |
| 8. | Dotzer, Kerstin | x | Klein, Winfried | x | Rosin, Eugen | x |
| 9. | Gores, Friedhelm | x | Christmann, Jens | x | Alsbach-Gores, Maria | x |
| 10. | Barnstorf, Roland | x | Alsbach-Gores, Maria | x | Christmann, Jens | x |
| 11. | Höptner, Wolfgang | x | | | | |

-> Besetzung ausschließlich mit Ratsmitgliedern!

Bau- und Umweltausschuss (11 Mitglieder)

| | | | | | | |
|-----|----------------------|---|---|---|----------------------|---|
| 1. | Michael Walker | | Katrin Veltze | x | Tim Froschmeier | x |
| 2. | Armin Goldbach | x | Kai Hoffmann | x | Dirk Rochow | x |
| 3. | Sandra Schöffel | | Wolfgang Wiesner | | Tim Meincke | |
| 4. | Kay-Uwe Römer | x | Nicole Gotthardt-Brauer | x | Lisa Harlfinger | x |
| 5. | Elke Blänsdorf | |  | | Dr. Sebastian Försch | |
| 6. | Dr. Hannes Saas | x | Dr. Josef Dechent | | Klaus Neuhaus | x |
| 7. | Rosin, Eugen | x | Dotzer, Ambros | | Hill, Jutta | |
| 8. | Dotzer, Kerstin | x | Wersin, Peter | x | Laubscher, Ute | |
| 9. | Alsbach-Gores, Maria | x | Gores, Friedhelm | x | Chiara, Paulino | |
| 10. | Weber, Peter | | Mezger, Elvira | | Heinzinger, Niels | x |
| 11. | Albert, Roland | | Basar, Tanya | | Lauerburg, Timo | |

Verwaltungsrat (11 Mitglieder)

| | | | | | | |
|-----|-------------------------|---|----------------------|---|------------------|---|
| 1. | Roland Lang | x | Dirk Rochow | x | Armin Goldbach | x |
| 2. | Thomas Wosinski | | Tim Froschmeier | x | Mario Berg | x |
| 3. | Alexander Lang | | Tim Meincke | | Michael Walker | |
| 4. | Magda Dewes | | Elke Blänsdorf | | Peter Schmitt | |
| 5. | Klaus Neuhaus | x | Mieke Schüller | | Kay-Uwe Römer | x |
| 6. | Nicole Gotthardt-Brauer | x | Lisa Harlfinger | x | Dr. Hannes Saas | x |
| 7. | Wersin, Peter | x | Dotzer, Kerstin | x | Klein, Winfried | x |
| 8. | Wabra, Marcel | x | Rosin, Eugen | x | Laubscher, Ute | |
| 9. | Barnstorf, Roland | x | Alsbach-Gores, Maria | x | Buchmeier, Heike | |
| 10. | Bieber, Friedhelm | | Gores, Friedhelm | x | Weber, Peter | |
| 11. | Albert, Roland | | Höptner, Wolfgang | x | Basar, Tanya | |

Mitarbeitervertreter im Verwaltungsrat

| | |
|---------------|------------------|
| Daniel Ries | Martin Spies |
| Andreas Köppl | James Funke |
| Oliver Strott | Matthias Nauth |
| Marcin Tix | Dennis Eichinger |

Sozial-, Kultur- und Sportausschuss (11 Mitglieder)

| | | | | | | |
|-----|------------------|---|----------------------|---|------------------------|---|
| 1. | Kai Hoffmann | x | Roland Lang | x | Tim Froschmeier | x |
| 2. | Dirk Rochow | x | Katrin Veltze | x | Armin Goldbach | x |
| 3. | Wolfgang Wiesner | | Alexander Lang | | Nicole Groß | |
| 4. | Mieke Schüller | | Dr. Sebastian Försch | | Lea Wisseler-Alawawdeh | |
| 5. | Lisa Harlfinger | x | Dr. Hannes Saas | x | Kay-Uwe Römer | x |
| 6. | Dr. Anne Försch | x | Daniel Hassa | | Wilfried Hundinger | |
| 7. | Hermann, Jana | | Rosin, Eugen | x | Bittendorf, Michael | |
| 8. | Dotzer, Kerstin | x | Wabra, Marcel | | Hill, Jutta | |
| 9. | Christmann, Jens | x | Heinzinger, Niels | x | Mezger, Elvi | |
| 10. | Buchmeier, Heike | | Gores-Alsbach Maria | x | Gores, Friedhelm | |
| 11. | Fritzlar, Annett | | Gille, Dana | | Kotscha, Lars | |

Schulträgerausschuss (7 Mitglieder der Gemeinde, 2 Lehrkräfte, 2 Elternvertreter)

| | | | | | | |
|-----|--------------------|---|------------------|---|----------------------|---|
| 1. | Katrin Veltze | x | Tim Froschmeier | x | Roland Lang | x |
| 2. | Nicole Groß | | Dirk Rochow | x | Kai Hoffmann | x |
| 3. | Dr. Anne Försch | x | Daniel Hassa | | Wilfried Hundinger | |
| 4. | Kay-Uwe Römer | x | Lisa Harlfinger | x | Dr. Hannes Saas | x |
| 5. | Rosin, Eugen | x | Hermann, Jana | | Heinrich, Tobias | |
| 6. | Heinzinger, Niels | x | Buchmeier, Heike | | Bieber, Friedhelm | |
| 7. | Lauerburg, Timo | | Fritzlar, Annett | | - | |
| 8. | Novalic, Alen | | | | ElternvertreterInnen | |
| 9. | Yigit, Murat | | | | ElternvertreterInnen | |
| 10. | Ritter, Christina | | | | LehrervertreterInnen | |
| 11. | Tragbar, Madeleine | | | | LehrervertreterInnen | |

als Sachverständige: Schulleiter Baris Baglan u. Schulelternsprecher Susanne Böggering

Rechnungsprüfungsausschuss (11 Mitglieder)

| | | | | | | |
|-----|----------------------|---|-------------------------|---|----------------------|---|
| 1. | Katrin Veltze | x | Mario Berg | x | Armin Goldbach | x |
| 2. | Tim Froschmeier | x | Roland Lang | x | Kai Hoffmann | x |
| 3. | Wolfgang Wiesner | | Alexander Lang | | Christian Gille | |
| 4. | Magda Dewes | | Andreas Harschneck | | Dr. Josef Dechent | |
| 5. | Dr. Peter Ruschke | | Wilfried Hundinger | | Dr. Sebastian Försch | |
| 6. | Klaus Neuhaus | x | Nicole Gotthardt-Brauer | x | Kay-Uwe Römer | x |
| 7. | Dotzer, Kerstin | x | Rosin, Eugen | x | Wersin, Peter | x |
| 8. | Hill, Jutta | | Dotzer, Ambros | | | |
| 9. | Barnstorf, Roland | x | Gores, Friedhelm | x | Bieber, Friedhelm | |
| 10. | Alsbach-Gores, Maria | x | Christmann, Jens | x | | |
| 11. | Basar, Tanya | | Albert, Roland | | N.N. | |

Aufsichtsrat Wohnbau (7)

| | | | | |
|----|------------------|---|-------------------------|---|
| 1. | Kai Hoffmann | x | Katrin Veltze | x |
| 2. | Wolfgang Wiesner | | Dieter Jabkowski | |
| 3. | Elke Blänsdorf | | Uschi Engers | |
| 4. | Lisa Harlfinger | x | Nicole Gotthardt-Brauer | x |
| 5. | Dotzer, Kerstin | x | Wabra, Marcel | x |
| 6. | Gores, Friedhelm | x | Zöbel, Marco | |
| 7. | Albert, Roland | | Kotscha, Lars | |

Verkehrskommission (5)

| | | | | |
|----|------------------|---|-------------------|-------------------|
| 1. | Armin Goldbach | x | Michael Walker | Peter Kehm |
| 2. | Kay-Uwe Römer | x | Dr. Josef Dechent | Daniel Hassa |
| 3. | Wabra, Marcel | x | Laubscher, Ute | Dotzer, Kerstin x |
| 4. | Schnarr, Carolin | | Tessnow, Hans | Chiara, Paulino |
| 5. | Fritzlär, Annett | | Höptner, Wolfgang | x |

Verbandsversammlung Zweckverband Lennebergwald (7)

| | |
|----|------------------------|
| 1. | Christian Gille |
| 2. | Frank Vornwald |
| 3. | Andreas Harschneck |
| 4. | Wilfried Hundinger |
| 5. | Laubscher, Ute |
| 6. | Alsbach-Gores, Maria x |
| 7. | Gille, Dana |

Behindertenbeirat (18)

| | | |
|----|-----------------------------|------------------|
| 1. | Robert Keller | Michael Walker |
| 2. | Dagmar Leu | Dr. Iris Dechent |
| 3. | Bittendorf, Michael | Dotzer, Ambros |
| 4. | Buchmeier, Heike | Kolter, Silvia |
| 5. | Gille, Dana | Kotscha, Lars |
| 6. | Gensler, Jaqueline | VDK |
| 7. | Bockenheimer-Winter, Margit | BSG |

- | | | |
|-----|-------------------|---------------------------------|
| 8. | | Seniorenbeirat |
| 9. | | Beirat Migration u. Integration |
| 10. | Faber, Iris | Seniorenbeauftragte |
| 11. | Wabra, Aleksandra | |
| 12. | Treichler, Dieter | |
| 13. | Friedrich, Arco | |
| 14. | Liefke, Katharina | |
| 15. | Hammes, Karin | |
| 16. | | |
| 17. | | |
| 18. | | |

Seniorenbeirat (16)

- | | | |
|-----|------------------------|------------------|
| 1. | Dieter Jabkowski | Wolfgang Wiesner |
| 2. | Dr. Iris Dechent | Dagmar Leu |
| 3. | Dotzer, Ambros | Laubscher, Ute |
| 4. | Mezger, Elvi | Kolter, Silvia |
| 5. | Krollmann, Helmut | Kotscha, Lars |
| 6. | | AWO |
| 7. | Gensler, Jaqueline | VDK |
| 8. | Dr. Winter, Thomas | BSG |
| 9. | Berg, Peter | |
| 10. | Mathers, Rosamund Mary | |
| 11. | Seidemann, Christel | |
| 12. | Gensler, Alfons | |
| 13. | Wilhelm, Margarete | |
| 14. | | |
| 15. | | |
| 16. | | |

Beirat für Migration und Integration

1. Ömer Saygili
2. Özgür Yilmaz
3. Yahya Saygili
4. Ensar Togrü
5. Hamza Sulimani
6. Berufenes Mitglied (§2 der Satzung) nach Beschlossenem Wahlvorschlag durch GR (§45 GemO)

GEMEINDEVERWALTUNG BUDENHEIM

| | |
|--------|--|
| Anlage | zur Niederschrift -Ausschuss vom |
| Anlage | zur Niederschrift -Ausschuss vom |
| Anlage | zur Niederschrift GR vom 04.02.2026 |

Büroleitung
Bearbeiter : Herr Henn
Aktenzeichen : 966-01.001

Datum : 23.01.2026

Drucksachen-Nr. : 016/1 - 2026

Annahme von Spenden / Sponsoring

Beratungsfolge:

| | | | | |
|----------------|-----------|-------------------------------|--|--------------------------------------|
| Gremium: GR | TOP: 9 | Sitzungstermin: 04.02.2026 | Abstimmungsergebnis: einstimmig ja: nein: Enth.: | abschließende Entscheidung: ja |
|----------------|-----------|-------------------------------|--|--------------------------------------|

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt durch verbundenen Einzelbeschluss der Vermittlung und Annahme der in der beiliegenden Zusammenstellung (Anlage 1) aufgeführten Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Begründung:

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben darf die Gemeinde Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Selbstverwaltungsaufgaben beteiligen. Die Rechtsgrundlagen sowie Voraussetzungen hierfür ergeben sich aus der Gemeindeordnung (§ 94 Abs. 3 GemO).

Die dem Gemeinderat mit dieser Drucksache nun vorliegende Zusammenstellung (Anlage 1) listet alle nach Vorlage des letzten Spendenberichtes zwischenzeitlich eingegangenen Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen auf.

Ausschließungsgründe, die der Annahme oder Vermittlung der Spendenangebote entgegenstehen sowie anderweitige dienstliche oder wirtschaftliche Beziehungsverhältnisse zwischen Spendengeber und Spendennehmer im Sinne von § 94 Abs. 3 GemO liegen nicht vor bzw. sind nicht bekannt.

Stellungnahme der Kämmerei: nicht erforderlich

(Sachbearbeiter/
Sachgebietsleiter)

(Büroleiter)

(Bürgermeister)

Spenden- und Sponsoringbericht zur Sitzung des Gemeinderates am 04.02.2026 gem. § 94 Abs. 3 GemO

| Datum* | Spenden-/ Sponsoringgeber | Spenden-/ Sponsoringzweck / Anlass | Betrag/ Wert | Bemerkungen |
|------------|-------------------------------|--|--------------|-------------|
| 13.01.2026 | Basar für Sie | Spende für den Seniorentreff - neue Leinwand für die digitale Sprechstunde | 200,00 € | |
| 13.01.2026 | Wilhelm und Roswitha Hassemer | Spende für den Seniorentreff - neuer Kaffeeautomat | 3.000,00 € | |

Hinweis:

Eine Beschlussfassung im Gemeinderat erfolgt nur soweit eine Wertgrenze von über 100 EUR im Einzelfall überschritten ist.
Dies gilt nicht in Zweifelsfällen und sobald die Summe der Einzelzuwendungen eines Gebers in einem Haushaltsjahr diese Wertgrenze übersteigt.
siehe § 24 GemHVO

*Datum des Spendeneingangs

GEMEINDEVERWALTUNG BUDENHEIM

| | |
|-------------------|-------------------|
| Anlage | zur Niederschrift |
| -Ausschuss vom | |
| Anlage | zur Niederschrift |
| -Ausschuss vom | |
| Anlage | zur Niederschrift |
| GR vom 04.02.2026 | |

Büroleitung
Bearbeiter : Herr Henn
Aktenzeichen : 021-10.001

Datum : 26.01.2026

Drucksachen-Nr. : 01711-2026

Unterrichtung des Gemeinderates gem. § 16 Abs. 4 GemO über die am 25.11.2025 durchgeführte Einwohnerversammlung

Beratungsfolge:

| | | | | |
|----------------|------------|-------------------------------|---------------------------------------|--------------------|
| Gremium: GR | TOP: 10 | Sitzungstermin: 04.02.2026 | Abstimmungsergebnis: KENNTNISNAHME | abschließend ja |
|----------------|------------|-------------------------------|---------------------------------------|--------------------|

Beschlussvorschlag:

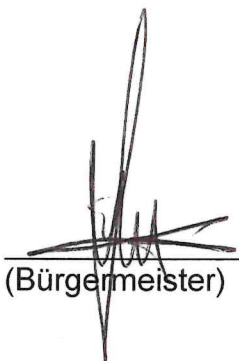
Von der Niederschrift über die am 25.11.2025 durchgeführte Einwohnerversammlung wird gem. §16 Abs. 4 GemO Kenntnis genommen.

Stellungnahme der Kämmerei: nicht erforderlich

(Sachbearbeiter/
Sachgebietsleiter)



(Büroleiter)



(Bürgermeister)

N i e d e r s c h r i f t

über die Einwohnerversammlung vom Dienstag, den 25.11.2025, 18.00 Uhr, in der Mensa der Grund- und Realschule plus Budenheim / Mainz-Mombach

Tagesordnung/Themen:

Themen:

1. Bericht des Bürgermeisters
2. Berichte aus den Fachbereichen
3. Geschäftsbericht Geschäftsführer Wohnungsbaugesellschaft
4. Geschäftsbericht Vorstand Gemeindewerke
5. Verschiedenes

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

von der Verwaltung:

Bürgermeister Hinz,
Büroleiter - Herr Henn - (Schriftführer),
Fachbereichsleiter 1 – Herr Seel –
Fachbereichsleiterin 2 – Frau Melcher -
Fachbereichsleiter 3 – Herr Kapp –
Vorstand der Gemeindewerke - Herren Grieser und Weil -
Geschäftsführer Wohnungsbaugesellschaft Budenheim GmbH – Herr Molczyk -
Fachbereich 1 - Herr Spillner -,
Erster Beigeordneter Wabra
Beigeordnete Kolter
sowie Mitglieder des Gemeinderates,

ca. 40 Einwohner/innen

Zu TOP 1:

Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Hinz begrüßt die Anwesenden und dankt allen Ehrenamtlichen für die im zurück liegenden Jahr geleistete wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit. Sodann informiert er einleitend über den Zweck und die Zielsetzung der heutigen, auf der Grundlage der

Gemeindeordnung durchzuführenden Einwohnerversammlung und stellt auf der Grundlage einer Beamer-Präsentation (siehe Anlage 1, Seiten 1 bis 28, n.i.O.) die wesentlichsten Projekte der Gemeinde dar.

Im Anschluss hieran bittet er die Fachbereichsleiter/in der Gemeindeverwaltung um Berichterstattung.

Zu TOP 2:

Berichte aus den Fachbereichen

a) Fachbereich 1

Anhand einer Beamer-Präsentation (siehe Anlage 1, Seiten 29 bis 32, n.i.O.) geht Fachbereichsleiter 1 - Herr Seel - auf wesentliche Projekte der Bauunterhaltung, der Liegenschaften sowie der Erneuerung der Waldsporthalle ein.

Bürgermeister Hinz dankt Herrn Seel für seine Berichterstattung und erteilt Frau Melcher das Wort.

b) Fachbereich 2

Fachbereichsleiterin 2 – Frau Melcher - informiert anhand einer Beamer-Präsentation (siehe Anlage 1, Seiten 33 bis 37, n.i.O.) über die Einrichtungen der Gemeinde. Dabei geht sie insbesondere auf die Schwerpunkte des Seniorenzentrums sowie das Startchancenprogramm der Lennebergschule ein.

Bürgermeister Hinz dankt Frau Melcher für ihre Berichterstattung und erteilt Herrn Kapp das Wort.

c) Fachbereich 3

Fachbereichsleiterin 3 – Herr Kapp - gibt einen Rückblick zu den wesentlichen Aufgaben des Fachbereichs 3 im zu Ende gehenden Jahr 2025. Er thematisiert dabei u.a. die neue Ordnungswidrigkeitssoftware, den Fastnachtsumzug, die Bundestagswahl, die Bauleitplanung Wäldchenloch, die Online-Terminvergabe, die 150 Jahrfeier Feuerwehr, die Schulwegsicherung sowie die Digitalisierung des Flächennutzungsplans .

Bürgermeister Hinz dankt Herrn Kapp für die Berichterstattung und erteilt Herrn Molczyk das Wort.

Zu TOP 3:

Wohnungsbau - Bericht des Geschäftsführers -

Der Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft - Herr Molczyk – berichtet unterstützt durch eine Beamer-Präsentation (siehe Anlage 1, Seiten 40 bis 52 n.i.O.) ausführlich über die wesentlichen, die Wohnungsbau betreffenden Themen des zurückliegenden sowie des kommenden Jahres. Ein Schwerpunkt seiner Berichterstattung ist dabei auch das Projekt „Quartier Wohnen am Wald“.

Sodann dankt Bürgermeister Hinz Herrn Molczyk für seine Berichterstattung und erteilt den Herren Grieser und Weil zu TOP 4 das Wort.

Zu TOP 4:

Geschäftsbericht Vorstand Gemeindewerke

Die Vorstände Grieser und Weil informieren die Einwohnerinnen und Einwohner über die wesentlichen Themen der Gemeindewerke anhand einer Beamer-Präsentation (siehe Anlage 2) . Auf den aktuellen Strompreis (29,90 ct/kwh brutto) sowie die Erschließung des Baugebiets Wäldchenloch gehen sie dabei insbesondere ein.

Bürgermeister Hinz dankt den Herren Grieser und Weil für die Berichterstattung und ruft sodann TOP 5 auf.

Es ist 19:40 Uhr.

Zu TOP 5:

Verschiedenes

Der Bürgermeister gibt nun allen Anwesenden die Möglichkeit Fragen zu den Gemeindefragen zu stellen.

Von den EinwohnerInnen werden die folgenden Punkte thematisiert:

a) Ertüchtigung Eaubonner Straße

Der Einwohner Werner Renkes meldet sich zu Wort und bittet vor Durchführung der Generalsanierung der Eaubonner Straße um deren kurzfristige Ertüchtigung. Es sei zunehmend festzustellen, dass sich wiederkehrend Ministaus bilden, die den Verkehrsfluss bemerkbar einschränken.

Bürgermeister Hinz sagt zu, die fehlenden Baken nachzubestellen.

b) Neue Feuerwehrrache

Herr Diethelm Schwandner fragt nach, wann und wo das neue Feuerwehrgerätehaus errichtet wird.

Der Bürgermeister verdeutlicht, dass zunächst einmal mit dem Projekt REWE begonnen werde. Sodann werde der Neubau der Feuerwehr angegangen. Die neue Feuerwache soll nach aktuellem Stand in der Mainzer Landstraße errichtet werden.

c) Straßenausbaubeiträge Eaubonner Straße

Herr Klaus-Jürgen Emrich greift noch einmal das Thema Eaubonner Straße auf. Diese wurde ursprünglich verkehrsberuhigt ausgebaut. Jetzt sei die Straße jedoch marode und kaputt. Er könne es nicht nachvollziehen, dass die Anwohner nun für die Wiederherstellung aufkommen sollen. Diesbezüglich spricht er auch die persönliche Abrechnungsproblematik mit seinem Eckhaus „An der Eich“ an.

d) Verschmutzung Landesstraße L423

Frau Elvira Mezger beschwert sich über die Verschmutzung der Landesstraße im Bereich des Dyckerhoffgeländes durch den Baustellenverkehr und deren fehlende Reinigung.

e) Busfahrstrecke innerorts

Frau Mengel spricht die Busfahrstrecke „Brücke in Richtung Bahnhof“ an.

Bürgermeister Hinz informiert, dass der alte Fahrplan nach Abschluss der Brückenarbeiten wieder aufgenommen wird.

f) Öffentliche Parkplätze Mombacher Straße

Herr Jabkowski geht auf die in der Mombacher Straße entfernten öffentlichen Parkplätze ein und regt an, diese durch Entfernung der aufgestellten Pflanzkübel wiederherzustellen.

g) Postbriefkasten in der Eaubonner Straße

Frau Uschi Renkes beschwert sich darüber, dass der Postbriefkasten in der Eaubonner Straße aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Glasfaserbauarbeiten nicht zugänglich ist.

h) Ampelanlage Binger Straße

Frau Beckhaus fordert die Erweiterung der bestehenden Ampelanlage in der Binger Straße um eine Blitzfunktion.

FBL Kapp verdeutlicht, dass das Genehmigungsverfahren für einen fest installierten Blitzer sehr aufwändig ist und kaum eine Chance auf Genehmigung besteht.

i) Fahrpreistarife

Frau Renkes erkundigt sich nach dem Stand der ÖPNV Fahrpreistarife (Bus).

Der Bürgermeister informiert über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit der RNN. Darüber hinaus stehe er diesbezüglich im engen Kontakt mit dem zuständigen Kreisbeigeordneten Steffen Wolf.

j) Wiederkehrende Beiträge Julius-Leber-Straße

Frau Cornelia Reichel geht auf das im Betreff genannte Thema und den hierzu erhaltenen Bescheid ein. Sie fühle sich ungleich behandelt, da andere Anwohner keinen Bescheid erhalten haben.

Herrn Stefan Spengler erkundigt sich über die Abwicklung des Steuerausfalls und wie künftig Verjährungen der Beitragserhebung vermieden werden können.

Vorstand Weil nimmt die Themen der beiden Fragestellern auf und informiert diesbezüglich über den Stand der Bearbeitung der Widersprüche sowie die bei der Bescheiderstellung unterlaufenen Fehler (z.B. Adressierung).

Bezüglich der Rechtslage verdeutlicht er, dass es kein Recht im Unrecht gebe und man der Zahlungsaufforderung nicht unter Berufung auf die fehlerhaften Bescheide Anderer nicht nachkommen müsse.

Der der Gemeinde entstandene Schaden beziffert er auf ca. 40.000 EUR. Es werde geprüft, ob dieser über die Eigenschadensversicherung abgerechnet werden könne.

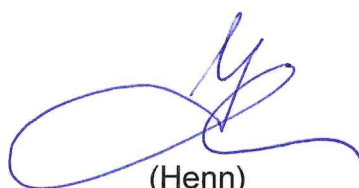
Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Hinz bei allen Anwesenden für die rege Teilnahme und das gezeigte Interesse an der heutigen Einwohnerversammlung. Alle Einwohnerinnen und Einwohner lädt er herzlich zum Neujahrsempfang der Gemeinde am Sonntag, dem 04.01.2026, um 16:00 Uhr, im Bürgerhaus, ein.

Ende der Veranstaltung: 20.07 Uhr.



(Hinz)
Bürgermeister



(Henn)
Schriftführer

Diese Niederschrift wird Anlage zur Drucksache Nr. - GR 2026

TOP 11a) (28/2025)
ABW. 04.02.2026

GEMEINDERATSFRAKTION BUDENHEIM



Kai Hoffmann | Eaubonner Str. 12a | 55257 Budenheim

An
Herrn Bürgermeister Stephan Hinz
Gemeindeverwaltung Budenheim
Berliner Str. 3
55257 Budenheim

Budenheim, 20.01.2026

Antrag auf Verkauf der Anteile an Bürgerenergie Budenheim eG

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinz,

hiermit beantragen wir den Verkauf der Anteile der Gemeinde Budenheim an der Bürgerenergie Budenheim eG gemäß Satzung spätestens zum 31.12.2027 bzw. durch Übernahme der Anteile durch ein anderes Mitglieds zu einem früheren Zeitpunkt (siehe § 4ff. der Satzung).

Begründung

In der Sitzung des Gemeinderates vom 19.05.2021 befasste sich der Rat mit einem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 10.05.2021 zur „Beteiligung der Gemeinde Budenheim an der Bürgerenergiegenossenschaft (BEG)“. Der Antrag wurde seinerzeit in einen Prüfantrag umgewandelt, da noch keine rechtsverbindliche Satzung der BEG vorlag, die der Gemeinderat für einen Beschluss gebraucht hätte.

Nachdem der Satzungsbeschluss erfolgte, stimmte der Gemeinderat am 08.11.2023 einstimmig dem Beitritt zur BEG zu und beschied einstimmig sich mit einer Einlage von 5.000,00 Euro zu beteiligen. Die Einlage wurde unter anderem damit begründet, dass das Mitwirken der Gemeinde an der Genossenschaft ein

GEMEINDERATSFRAKTION BUDENHEIM

Fraktionsvorsitzender: Kai Hoffmann | Eaubonner Str. 12a | 55257 Budenheim | Mobil: 0175-24 20 394 | Email: kaho89@gmx.de

wesentliches Kriterium zur Gründung dieser darstelle und die Unterstützung weiterer Beteiligter nach sich ziehe. Dem wurde seinerzeit zugestimmt.

Wie sich mittlerweile herausstellte, ist diese Hoffnung jedoch nicht vollends eingetreten, auch wenn sich die Mitgliederzahlen wohl durchaus positiv entwickelt habe. Allerdings erklärte die BEG selbst im Rahmen ihrer Generalversammlung am 12.06.2025, dass „die laufenden Kosten der BEG wie z. B. Pflicht-Abgaben an Verbände und Körperschaften, Versicherungen, Prüfungsgebühren seien im Verhältnis zur Größe der BEG zu hoch“. Deshalb informierte man die Generalversammlung über Fusions-Vorhaben mit der UrStrom Bürgerenergie eG (Sitz: Mainz). Die Mitglieder ermächtigten in dieser Sitzung den Vorstand der BEG einstimmig zu Verhandlungen mit der UrStrom Bürgerenergie eG. Die UrStrom eG selbst ist in Budenheim bekanntgeworden durch das Carsharing-Angebot in der Finther Str., was zwischenzeitlich eingestellt wurde.

Zwar ist die Fusion unserer Kenntnis nach bislang nicht erfolgt, aber eine Unterstützung einer nicht in Budenheim ansässigen Genossenschaft war seinerzeit nicht das Ansinnen des Gemeinderates. Eine Beteiligung an einer nicht in Budenheim ansässigen Genossenschaft oder jeden anderen Gesellschaftsform halten wir für falsch, da auch der Einfluss der Gemeinde de facto nicht mehr existent wäre.

Unser Antrag bezieht sich einzig und allein auf die Auflösung der Einlage. Die Bestrebungen für mehr Klimaschutz bzw. Energieautarkie unterstützen wir ausdrücklich und möchten dies an dieser Stelle betonen.

Wir bitten die übrigen Fraktionen um Zustimmung des Antrages.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kai Hoffmann', with a horizontal line extending to the right.

Kai Hoffmann

Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion

Bürgermeister Stephan Hinz
Rathaus der Gemeinde Budenheim
Berliner Straße 3

55257 Budenheim

Budenheim, den 17. Januar 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinz,

Antrag auf Prüfung von Möglichkeiten zur Reduzierung der Kostenbelastung durch Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Einrichtungen jeglicher Art, die dem Breitensport dienen

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat der Gemeinde Budenheim beauftragt die Gemeindeverwaltung zu prüfen, ob und in welcher Form eine vollständige oder teilweise Entlastung von Straßenausbaubeiträgen für Einrichtungen jeglicher Art, die dem Breitensport dienen, möglich ist.

Dies insbesondere im Hinblick auf eine Änderung des § 6 Abs. 2 Nr. 3 der Satzung zur Erhebung von Ausbaubeiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Gemeinde Budenheim, der die Flächen für Sportplätze bereits begünstigt.

Begründung:

1. Gleichbehandlung vergleichbarer Nutzungen

Die geltende Ausbaubeitragssatzung sieht in § 6 Abs. 2 Nr. 3 für Grundstücke mit der Nutzung „Sportplatz, Freibad, Festplatz, Campingplatz oder Friedhof“ einen reduzierten Beitragsfaktor von 0,5 vor. Sporthallen gemeinnütziger Sportvereine erfüllen jedoch denselben öffentlichen bzw. gemeinnützigen Zweck wie Sportplätze.

Sie dienen dem Vereinssport, der Jugendarbeit sowie der Gesundheits- und Freizeitgestaltung der Bevölkerung. Es ist unklar, ob es eine sachliche Rechtfertigung dafür gibt, warum eine Sporthalle, die zentral im Ort liegt und überwiegend gemeinnützigen sportlichen Zwecken dient, beitragsrechtlich schlechter gestellt wird als Sport- oder Campingplätze.

2. Gemeinnützige und öffentliche Funktion

Sporthallen stellen eine wesentliche Infrastruktur der Daseinsvorsorge im Bereich Sport und Gesundheit dar. Sie werden im Interesse der Allgemeinheit betrieben und stehen in erheblichem Umfang Kindern, Jugendlichen und weiteren Bevölkerungsgruppen zur Verfügung. Diese Funktion entspricht der Wertung, die der Satzungsgeber bei der Privilegierung von Sportplätzen und Freibädern bereits getroffen hat. Eine mögliche Lösung könnte die Einbeziehung von Sporthallen in § 6 Abs. 2 Nr. 3 sein.

3. Kommunalabgabenrechtlicher Spielraum

Nach dem Kommunalabgabengesetz Rheinland-Pfalz steht es der Gemeinde im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben frei, den Beitragsmaßstab differenziert auszugestalten, wenn dafür sachliche Gründe bestehen. Die bereits bestehende Differenzierung zugunsten bestimmter Nutzungsarten zeigt, dass die Gemeinde diesen Gestaltungsspielraum nutzt. Die Erweiterung auf Sporthallen

gemeinnütziger Sportvereine wäre eventuell ein sachlich begründeter, eng umgrenzter Anwendungsfall, der die Systematik der Satzung nicht durchbricht, sondern in sich schlüssig ergänzen würde.

4. Förderung des Ehrenamtes und der Vereinsarbeit

Gemeinnützige Sportvereine tragen in erheblichem Umfang zur Gesundheitsförderung, Integration und Jugendarbeit in der Gemeinde bei. Eine beitragsrechtliche Gleichstellung von Sporthallen mit Sportplätzen und Campingplätzen wäre ein angemessenes Signal der Unterstützung der Vereinsarbeit, ohne den Gemeindehaushalt zu belasten.

Ich bitte um Aufnahme dieses Prüfantrags auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderats gemäß Geschäftsordnung des Rates.

Mit freundlichen Grüßen



Friedhelm Gores

Fraktionsvorsitzender, FW OV Budenheim

zu TOP 11c) 005/1-2026
CIR v. 04.07.2026



SPD-Fraktion Budenheim

Gemeindeverwaltung Budenheim

Herrn Bürgermeister Stephan Hinz
Berliner Straße 3

55257 Budenheim

Budenheim, den 14.01.2026

Prüfantrag zur Beschlussfassung an den Gemeinderat

Prüfantrag auf Verbesserung der Parkplatzmarkierung an der Waldsporthalle

Die SPD Fraktion beantragt, die Verwaltung zu prüfen:

1. Die Parkplätze unmittelbar entlang des Zaunes, Richtung Ausfahrt, entsprechend zu kennzeichnen, sodass dort kein Parken mehr möglich ist. Eine deutliche Markierung dieser Flächen würde die Übersichtlichkeit und Sicherheit auf dem Parkplatz deutlich verbessern.
2. Die Beschilderung anzupassen, sodass die Parkverbote eindeutig erkennbar sind, beispielsweise durch das Verkehrszeichen VZ 220.

Begründung:

Auf dem Parkplatz der Waldsporthalle kommt es regelmäßig zu gefährlichen Situationen verursacht durch die neue Fahrzeugverwahrstelle (eingezäunter Bereich). Die Umfahrung des Parkplatzbereiches Richtung Ausgang ist zurzeit nicht gewährleistet. Insbesondere müssen Fahrzeuge oft rückwärtsfahren, wenn die Ausfahrt durch parkende Fahrzeuge blockiert ist. Dies stellt ein Sicherheitsrisiko für Fahrer und Fußgänger dar.



Kosten: Die geschätzten Kosten für Schild und die Einzeichnung der Sperrfläche belaufen sich auf ca. 500 Euro und können aus den Mitteln des Ordnungsamtes finanziert werden.

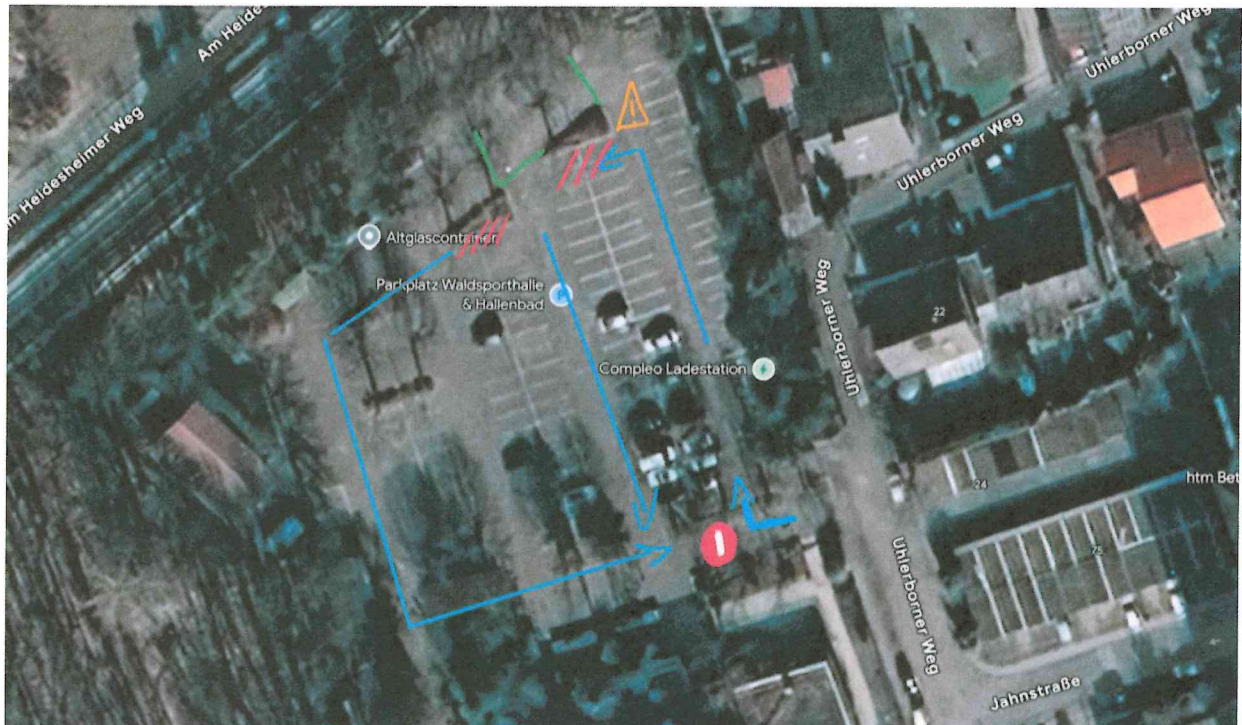
Wir bitten alle Fraktionen des Gemeinderates, diesen Antrag zu unterstützen, damit die notwendigen Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können, um damit die Sicherheit auf dem Parkplatz zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Wersin

SPD-Fraktion Budenheim

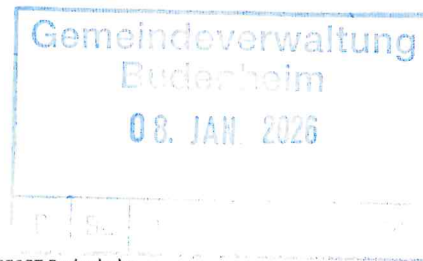




Vors.: Peter Wersin, Siebenmorgenstr. 7, 55257 Budenheim // Stellv. Vors.: Kerstin Dotzer, Finther Str. 35, 55257 Budenheim

Zu TOP 12 a)
GR v. 04.02.2026

01/1-2026



FREIE WÄHLER
ORTSVEREINIGUNG
BUDENHEIM

Roland Barnstorf
Mombacher Str. 24
55257 Budenheim
Mobil (0)172-3017174
Rbarnstorf@web.de

R. Barnstorf, Mombacher Straße 24 55257 Budenheim

Gemeindeverwaltung Budenheim
Herrn Bürgermeister Stephan Hinz
Berliner Straße 3
55257 Budenheim

Budenheim, den 7. Januar 2026

Anfrage zur Gemeinderatssitzung am 04.02.2026

zur Rechtmäßigkeit der Verlängerung der Vereinbarung „0 Euro Samstag“ für das Jahr 2026 und zur haushaltsrechtlichen Deckung der hierfür entstehenden Ausgaben

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hinz,

mit Pressebericht in der örtlichen Zeitung wurden die Bürgerinnen und Bürger sowie auch die meisten Mitglieder des Gemeinderates darüber informiert, dass Sie „erreicht haben, dass der beliebte 0-Euro-Samstag auch im Jahr 2026 weitergeführt wird“ und „Budenheim weiterhin die Kosten übernimmt“ und damit ein „deutliches Bekenntnis zu nachhaltiger Mobilität und sozialer Teilhabe“ abgegeben wird. Zugleich wird hervorgehoben, dass der 0-Euro-Samstag „dauerhaft im Mobilitätsangebot verankert“ werde und die Gemeinde damit „ein starkes Zeichen“ setze. Grundsätzlich ist dieses Angebot zu begrüßen. In Ihrer Antwort vom 01.12.2025 auf die Anfrage der SPD-Fraktion zum Verkehrskonzept führen Sie demgegenüber aus, „aufgrund der desolaten HH-Lage 2025 und der Folgejahre wurde das Projekt nicht weiterverfolgt“ bzw. liege „bis auf weiteres auf Eis“, da es sich um eine freiwillige Leistung mit erheblichem Finanzvolumen handele.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Rechtsgrundlage und Verfahren der Entscheidung

- a) Auf welcher konkreten Rechtsgrundlage wurde die Verlängerung der Vereinbarung zum 0-Euro-Samstag für das Jahr 2026 beschlossen? Bitte geben Sie an, ob es sich um eine alleinige Entscheidung im Rahmen der Zuständigkeit des Bürgermeisters oder um einen Beschluss eines Gremiums handelt und wann die Entscheidung jeweils getroffen wurde.
- b) Wurde der Gemeinderat oder der Hauptausschuss vor Abschluss der Verlängerung der Vereinbarung formal beteiligt? Falls nein, bitte begründen Sie, weshalb auf eine Gremienbefassung verzichtet wurde.

2. Höhe der finanziellen Verpflichtung

- a) Welche Gesamtkosten (brutto) entstehen der Gemeinde Budenheim aus der nun für 2026 verlängerten Vereinbarung?
- b) Handelt es sich bei diesen Kosten nach Verwaltungsauffassung um eine freiwillige Leistung der Gemeinde oder wird die Maßnahme als Pflichtaufgabe bzw. zur Erfüllung einer Pflichtaufgabe notwendig angesehen?

3. Haushaltsrechtliche Deckung / Herkunft der Mittel

- a) Aus welchen konkreten Haushaltstiteln und Haushaltsjahren werden die für den 0-Euro-Samstag im Jahr 2026 entstehenden Kosten gedeckt (Produktkonto, Sachkonto, Ansatz in welcher Höhe)?
- b) Da für das Haushaltsjahr 2026 kein genehmigter Haushalt existiert, auf welcher haushaltsrechtlichen Grundlage wurde die vertragliche Verpflichtung eingegangen?
- c) Bitte legen Sie dar, ob und wie die Verlängerung des 0-Euro-Samstags mit der von Ihnen in der Antwort vom 01.12.2025 beschriebenen „desolaten Haushaltslage 2025 und der Folgejahre“ in Einklang steht.

4. Gleichbehandlung freiwilliger Leistungen / Prioritätensetzung

- a) Nach Ihrer Antwort vom 01.12.2025 wurde das Projekt „Verkehrskonzept Budenheim“ wegen der Haushaltslage und als freiwillige Leistung „bis auf weiteres auf Eis“ gelegt. Bitte erläutern Sie, nach welchen Kriterien alle freiwillige Leistungen der Gemeinde haushalts- und prioritätensetzend bewertet werden und weshalb die Fortführung des 0-Euro-Samstags für 2026 trotz der von Ihnen beschriebenen „desolaten HH-Lage 2025 und der Folgejahre“ als vertretbar angesehen, die Umsetzung des Verkehrskonzeptes hingegen zurückgestellt wird.
- b) Wann, von wem und in welchem Rahmen wurden diese Prioritäten festgelegt?

5. Information des Rates

- a) Aus welchem Grund ist der Gemeinderat nicht vorab und offiziell über die beabsichtigte Verlängerung informiert worden, sondern musste – wie die übrigen Bürgerinnen und Bürger – aus der Presse von dieser Entscheidung und deren Umsetzung Kenntnis erlangen?
- b) Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie, um künftig sicherzustellen, dass der Rat bei relevanten freiwilligen Leistungen (wie dem 0-Euro-Samstag) frühzeitig und umfassend informiert wird?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung des Gemeinderates.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Barnstorf
Mitglied des Gemeinderates Budenheim